

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 264
janvier 2020
52^e année
paraît 4 fois par an

CGFP part avec beaucoup d'élan dans les élections sociales

Vor einer beeindruckenden Kulisse fand am vergangenen 9. Dezember im Beisein von mehr als 500 Gästen die alljährliche CGFP-Vorstandskonferenz im „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen statt. Nach einer Begrüßungsansprache blickte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff auf die „Highlights“ der 110-jährigen Gewerkschaftsbewegung des öffentlichen Dienstes zurück. In all den Jahren habe die CGFP es als sachlicher und ernst zu nehmender Sozialpartner stets geschafft, die Gefahr einer gewerkschaftlichen Zersplitterung zu unterbinden.

Angesichts der zahlreichen Formen des Sozialabbaus würden engagierte Gewerkschafter heute mehr denn je gebraucht werden, schlussfolgerte Wolff. Kollegen, die aufgrund ihres gewerkschaftlichen Engagements Nachteile erfahren würden, sicherte er eine hundertprozentige Unterstützung seitens der CGFP zu. Diejenigen, die dazu neigen würden, die CGFP zu ignorieren, befänden sich auf dem Holzweg, lautete die unmissverständliche Warnung.

Für 2020 hat die CGFP zwei große Ziele fest im Visier. Bei den im März anstehenden Berufskammerwahlen werde die CGFP alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre aktuelle Mehrheit zu verteidigen, wenn nicht sogar auszubauen, so die kämpferische Ansage des CGFP-Generalsekretärs Steve Heiliger. Außerdem werden die CGFP und die Regierung in wenigen Monaten über das künftige Gehälterabkommen verhandeln. Um vorzeitig jeglichen Missverständnissen vorzubeugen, machte Heiliger deutlich, dass dieses Mal eine lineare Punktwertserhöhung unumgänglich sei.



Die sektoriellen Verhandlungen zwischen Beamtenminister Marc Hansen und den 65 CGFP-Fachverbänden erweisen sich zunehmend als mühsam. Bis Ende dieses Jahres müssten diesbezüglich konkrete Ergebnisse vorliegen, andernfalls sei eine Vielzahl von sektoriellen Konflikten nicht auszuschließen, drohte der Redner. Auf großes Unverständnis stöße

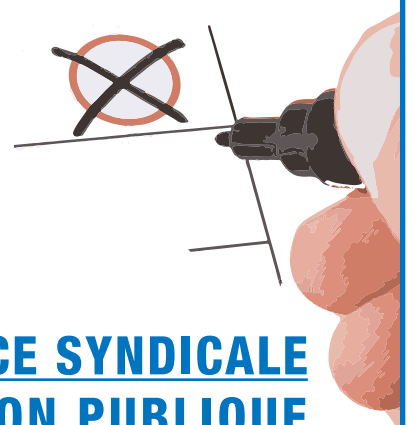
unterdessen noch immer das Bewertungssystem. Dieses für den Staatsdienst völlig ungeeignete Konzept gehöre in die Mülltonne. Für reichlich viel Zündstoff sorgten auch die jüngsten Provokationen seitens des Patronats.

Lesen Sie dazu unsere ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 7 bis 13.

CHAMBRE PROFESSIONNELLE ELECTIONS 2020



- **UNITÉ**
- **SOLIDARITÉ**
- **NEUTRALITÉ**
- **INDÉPENDANCE**
- **PROGRÈS**



VOTEZ:



**L'UNIQUE FORCE SYNDICALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE**

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

**PORT PAYÉ
PS/141**

BERUFSKAMMERWAHLEN 2020

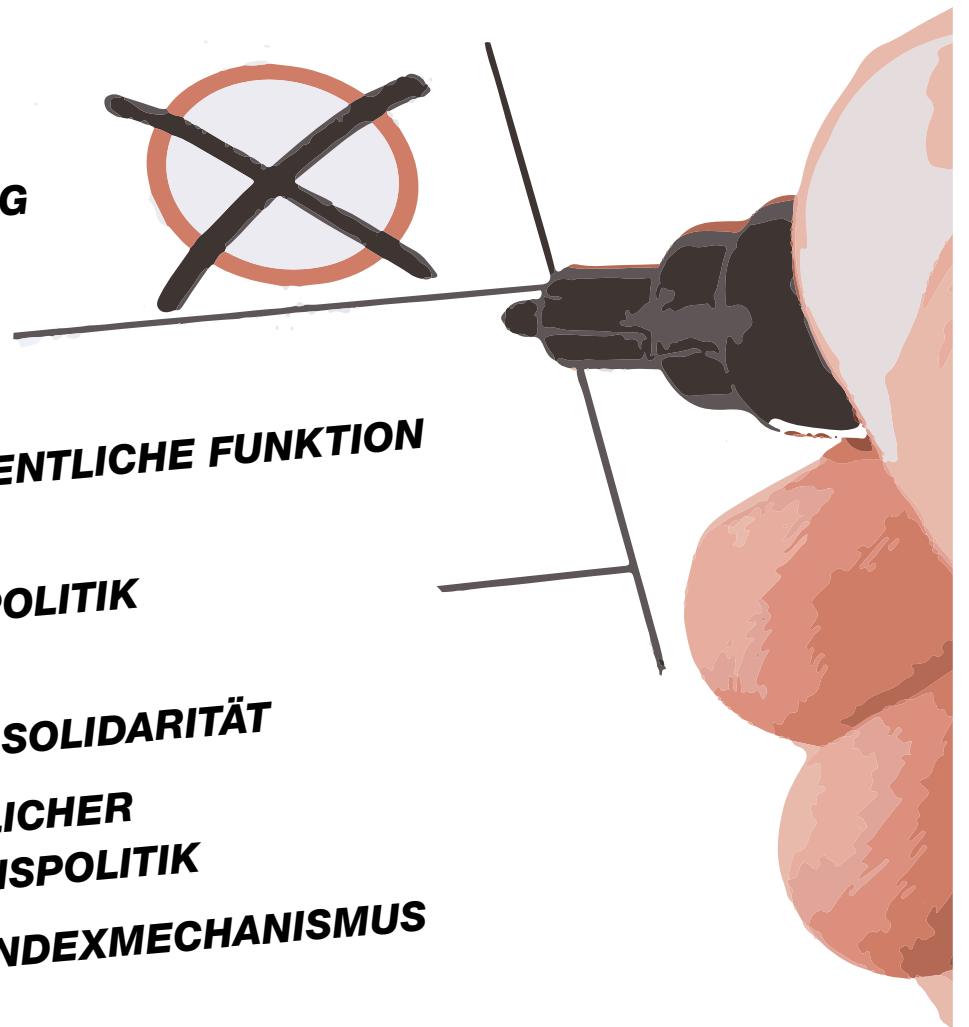
DIE CGFP KÄMPFT

FÜR UNSERE LEGITIMEN INTERESSEN

UND RECHTE

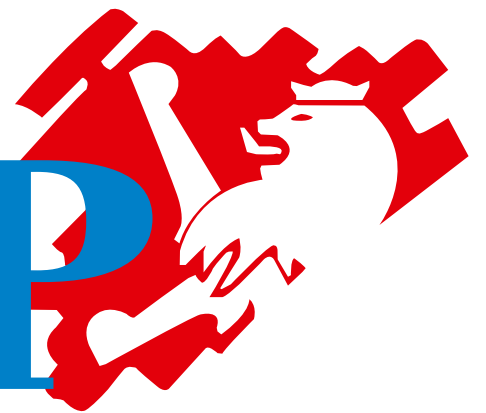
FÜR

- **SOZIALEN FORTSCHRITT UND BERUFLICHE BESSERSTELLUNG**
- **DIE ABSICHERUNG HART ERKÄMPFTER RECHTE**
- **EINE UNABHÄNGIGE, GEEINTE UND SOLIDARISCHE ÖFFENTLICHE FUNKTION**
- **EINE KOHÄRENTE, SACHLICHE UND TRANSPARENTE PERSONALPOLITIK**
- **WOHLVERSTANDENE UND AUSGEWOGENE NATIONALE SOLIDARITÄT**
- **DIE FORTSETZUNG KONTINUIERLICHER UND DYNAMISCHER EINKOMMENS POLITIK**
- **DEN ERHALT DES BEWÄHRTEN INDEXMECHANISMUS**
- **DIE SCHAFFUNG EINER ANGEMESSENEN ZUSATZPENSIONSORDNUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST**



WÄHLEN SIE

CGFP



DER ALLGEMEINE STAATSBEAMTENVERBAND

CGFP: Konsequenter Einsatz für die öffentlich Bediensteten

2020 wird das Jahr der Wahlen zur „Chambre des fonctionnaires et employés publics“, die alle fünf Jahre stattfinden und für die CGFP von größter Bedeutung sind, geht es hier um die Repräsentativität auf nationaler Ebene.

Auch wenn sich einige überhaupt nicht mehr daran erinnern, so ist seit der letzten konstituierenden Sitzung der Berufskammer am 29. Juni 2015 so manches passiert.

Zusammengefasst dargestellt, ergibt sich folgendes Bild: Zu Beginn der Luxemburger Ratspräsidentschaft, die dank eines schmalen, dafür aber sehr gut funktionierenden öffentlichen Dienstes wiederum zu einem großen Erfolg wurde, sprach sich die CGFP im Juli 2015 gegen jedwede zusätzliche Einschnitte zulasten der öffentlich Beschäftigten aus. Gleiches galt mit Blick auf die angekündigte Steuerreform. Von Beginn an stellte die CGFP klar, dass es zu keiner Mehrbelastung der natürlichen Personen kommen dürfte.

Am 1. Oktober 2015 war es schließlich so weit: Die teilweise unbeliebte Reform des Dienstrechts trat in Kraft. Kurz danach, am 10. Oktober, kam es zu einer großen europaweiten Aktion gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA. Auch die CGFP beteiligte sich mit vielen anderen Organisationen an der erfolgreichen Protestveranstaltung in Luxemburg.

Anfang 2016 wurde die geplante Steuerreform der Öffentlichkeit vorgestellt und auch die Reform des Nationalitätengesetzes war in aller Munde.

Mit Erstaunen und Befremden nahm die CGFP im März 2016 den Vorstoß des Arbeitgeberverbandes zur Kenntnis, laut dem die Arbeitgeber künftig nicht mehr an der paritätisch aufgeteilten Finanzierung des nationalen Gesundheitswesens beteiligt sein sollten. Für die CGFP ein klares Zeichen der Aufkündigung des Solidaritätsprinzips.

Der 16. Juni 2016 war wegweisend, fand doch an diesem Tag eine großangelegte, sehr erfolgreiche Protestveranstaltung der CGFP statt. Ziel war es, zusätzliche Sparmaßnahmen zulasten des öffentlichen Dienstes zu verhindern. Im Verlauf dieser Veranstaltung kam erneut die Solidarität, die bei den öffentlich Bediensteten herrscht, klar zum Ausdruck, getreu dem Motto „Zusammen sind wir stark!“ Ein erstes bescheidenes Ergebnis dieser Kundgebung war die verbindliche Regierungszusage, dass die Prämien beim Staat unangetastet blieben.

Bereits im September hatte sich die CGFP klar gegen eine Teilprivatisierung von bestimmten Zuständigkeitsbereichen der Flughafenverwaltung ausgesprochen. Nach einer weiteren



erfolgreichen Protestaktion mit CGFP-Beteiligung gegen die oben erwähnten Freihandelsabkommen im November wurde schlussendlich aufgrund eines inexistenten Sozialdialoges am Flughafen die Schlichtungsprozedur eingeleitet.

Ende August 2017 – also fast ein Jahr, nachdem sich die CGFP ein erstes Mal vehement gegen die Auslagerung von Zuständigkeiten der Flughafenverwaltung an ein privatrechtlich geführtes Unternehmen ausgesprochen hatte – konnte ein Sozialkonflikt am Flughafen abgewendet werden. Auch wenn dies viel Zeit und oftmals viel Geduld erforderte: Ausdauer und sachliche Argumente seitens der CGFP ermöglichten eine Kompromisslösung, laut der die Flughafenverwaltung ihre Zuständigkeiten behielt.

Nachdem der CGFP-Nationalvorstand bereits im Mai 2017 die Aufhebung der unsäglichen 80/80/90-Regelung gefordert hatte, wurde dies im Vorfeld der Vorlegung der Eckdaten des Haushaltentwurfs klar und deutlich im September wiederholt.

Leider musste die CGFP damals zur Kenntnis nehmen, dass der Finanz-

minister bei der Einreichung der Haushaltsvorlage die höchst umstrittene 80/80/90-Regelung mit keinem Wort im Parlament erwähnte.

Folglich kam es erneut zur Ankündigung einer Protestveranstaltung, die nach der akademischen Feier zum 50-jährigen Bestehen der CGFP am 27. November unter dem Motto „Für eine sichere Zukunft des öffentlichen Dienstes“ unter reger Beteiligung aller Mitgliedsorganisationen ihre Wirkung nicht verfehlte.

Die CGFP ließ auch Anfang 2018 nicht locker. Die Probleme, die durch die Umsetzung der Reform des öffentlichen Dienstes zutage getreten waren, erforderten ein unverzügliches Handeln der Regierung. Gleichzeitig setzte sich die CGFP fortwährend für mehr (Steuer)gerechtigkeit für Alleinerziehende ein und bezog deutlich Position gegen den Wertverlust bei den Familienleistungen. Im März kam es schlussendlich zu einem Treffen mit Staatsminister Bettel. Obwohl die Ansichten recht unterschiedlich waren, wurde der Dialog nicht abgebrochen und es kam zu weiteren Treffen und Verhandlungen mit Beamtenminister Marc Hansen.

Zwischendurch, und nach fast endlosem Hin und Her, wurde am 26. April das am 5. Dezember 2016 von der CGFP und von der Regierung gemeinsam unterschriebene Gehälterabkommen schlussendlich einstimmig im Parlament verabschiedet.

Der 15. Juni 2018 sollte dann, zur Überraschung vieler, zu einem wichtigen Tag für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten werden. Insbesondere für die jungen Menschen zählten sich die sachliche Herangehensweise der CGFP sowie deren Verhandlungsgeschick und Ausdauervermögen erneut aus. Das damals bestehende Gehälterabkommen wurde, mit Unterstützung der Regierung, um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.

In einem Akt von Solidarität verzichteten die CGFP-Mitgliedsorganisationen auf eine lineare Punktwerthöhung zugunsten eines Solidaritätsabkommens für künftige Generationen. Bedeutendster Punkt dieses Abkommens war die Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung retroaktiv zum 1. Januar 2019. Auch dies hat die CGFP ohne Totschlagargumente zustande gebracht.

Übrigens: Das entsprechende Gesetz wurde am 19. November 2019, also vor knapp 2 Monaten, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen vom Parlament gebilligt und konnte somit am 1. Januar 2020 (rückwirkend auf den 1. Januar 2019) in Kraft treten. Gleichzeitig hat sich die Regierung dazu verpflichtet, sektorielle Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen zu führen. Die CGFP erwartet diesbezüglich bis spätestens Ende dieses Jahres konkrete Ergebnisse.

Doch auch damit war es nicht getan: Im Juli 2018 trat infolge der umfassenden Rettungsdienstreform der neu gegründete SNPPL der CGFP bei. Zudem wurde der Gesetzentwurf zur Aufwertung der staatlichen Laufbahnen – eine der CGFP-Kernforderungen – im Parlament verabschiedet. Last but not least wurde ein weiterer großer Meilenstein erreicht: Am 17. Juli wurde der entsprechende Gesetzentwurf zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, an dessen Ausarbeitung die CGFP maßgeblich beteiligt war, einstimmig im Parlament gebilligt.

Die CGFP darf mit Fug und Recht von sich behaupten, zuverlässig, sachlich und verantwortungsbewusst gehandelt zu haben. An dieser vernünftigen Vorgehensweise hat sich bis heute nichts geändert, ansonsten würde die CGFP von ihren jeweiligen Gesprächs- und Verhandlungspartnern nicht ernst genommen werden.

Fortsetzung siehe Seite 5





L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Editorial

Fortsetzung von Seite 3

Ende 2018 folgte ein kurzer, jedoch recht eintöniger Wahlkampf. Noch vor Abschluss der laufenden Koalitionsverhandlungen kam es am 27. November 2018 zu einer weiteren CGFP-Protestveranstaltung, diesmal vor dem Hauptsitz der „Spuerkeess“. Der seit 3 Jahren schwelende Konflikt um die gemäß dem Gesetz von 2015 geltenden Beförderungen bei der BCEE hatte sich immer weiter zugespitzt. Erst nach der allseits erfolgreichen Protestkundgebung kam es dann im Februar 2019 endlich zu einer Beilegung des BCEE-Konfliktes, dies im Anschluss an ein Dringlichkeitstreffen mit dem Beamten- und Finanzminister. Erneut konnte eine Kompromisslösung gefunden werden, die ohne gesunden Menschenverstand der Verhandlungspartner nicht möglich gewesen wäre.

Des Weiteren beschäftigte sich die CGFP letztes Jahr mit den Problemen betreffend die Arbeitszeitregelung. Die mit dem Gesetz zur Einführung der Zeitsparkonten im Oktober 2018 in Kraft getretene Arbeitszeitregelung erwies sich ganz besonders in staatlichen Verwaltungen mit Schichtdienst als schwer umsetzbar.

Im Juni und im Juli 2019 kam es bei der Polizei und der Armee zu schriftlichen Übereinkünften, weitere stehen noch aus.

Gleiches gilt auch in diesem Bereich für generelle Anpassungen im Dienstrecht, die zum jetzigen Zeitpunkt in Ausarbeitung sind (Stand: 16. Januar 2020).

In Bezug auf die jüngst angekündigte weitere Steuerreform meldete sich die CGFP schon im September mit ihren Anliegen und Forderungen zu Wort.

Und falls der soziale Frieden in Frage gestellt wird, so wie jüngst von UEL-Vertretern im „Comité permanent du travail et de l'emploi“ (CPTE), zeigt die CGFP Solidarität mit den im Privatsektor tätigen national repräsentativen Gewerkschaften. In solchen Situationen können, wie zuletzt im November 2019, auch gemeinsame Aktionen stattfinden.

Schlussendlich muss festgestellt werden, dass Gewerkschaftsarbeit nicht einfacher wird, sondern zunehmend schwieriger. Immer öfter werden Gewerkschaftsrechte missachtet oder Gewerkschaftsvertreter aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit benachteiligt. Dies ist, wen wundert es, für eine sich ernst zu nehmende Gewerkschaft nicht hinnehmbar und auch hier ist die CGFP gefordert, sachlich, aber bestimmt, für Ordnung zu sorgen.

Vom 20. bis 30. März 2020 finden die Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst statt. Diese alle fünf

Jahre in der öffentlichen Funktion durchgeführten Sozialwahlen sind für die CGFP von absoluter Bedeutung, geht es, wie eingangs erwähnt, doch in erster Linie um deren nationale Repräsentativität.

Mit gesundem Menschenverstand sachlich argumentieren und diskutieren, immer den Blick für das Ganze im Auge habend, zielbewusst auftretend, im Interesse aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten, jeder Zeit zum Prinzip des sozialen Dialogs stehend, innerhalb der CGFP im Interesse des Zusammenhalts aller Mitgliedsorganisationen handelnd, im Interesse der CGFP, ihrer Mitglieder und darüber hinaus eines gut funktionierenden öffentlichen Dienstes zum Vorteil aller Bürger, die Form wahrend und genau wissend, nie die anvisierten Ziele aus den Augen zu verlieren, das ist die heutige CGFP.

Totschlagargumente sind nicht unsere Art und das muss auch so bleiben, will die CGFP doch auch weiterhin einflussreich bleiben und ernst genommen werden!

Die seit jeher politisch unabhängige und ideologisch neutrale CGFP wird sich auch in Zukunft voll und ganz für die Belange aller öffentlich Bediensteten

ten stark machen. Damit dies auch in Zukunft gewährleistet bleibt, gilt es, das Wahlrecht voll und ganz auszuschöpfen und die CGFP-Listen, also all jene, die voll und ganz zu den Werten ihrer Dachorganisation stehen, bei den bevorstehenden Wahlen massiv zu unterstützen.

Getreu dem Motto: „Zesumme si mir staark!“

**CGFP-Nationalpräsident
Romain Wolff**



Erhalt der Gewerkschaftsfreiheit

Regierung lenkt ein und erfüllt CGFP-Forderung

Im Zusammenhang mit dem Erhalt der Gewerkschaftsfreiheit fand am vergangenen 9. Januar eine Unterredung zwischen der CGFP-Exekutive und den zuständigen Ministern François Bausch und Henri Kox statt. Im Laufe dieses Gesprächs erneuerte die CGFP ihre Forderung, dass der Präsident des Syndicat Professionnel de l'Armée Luxembourgeoise (SPAL), Christian Schleck, auf seinen ursprünglichen Posten im Rekrutierungsbüro zurückversetzt wird.

Mit Genugtuung nimmt die CGFP zur Kenntnis, dass die Regierungsvertreter dieser Forderung nun nachkommen. Folglich hat die Regierung somit einer Hauptforderung der CGFP Rechnung

getragen. Hätte sich die Regierung im Fall Schleck weiterhin geweigert einzulenken, wäre dies ein klarer Verstoß gegen die Konvention 151 der Internationalen UN-Arbeitsorganisation in Genf gewesen.

Aufgrund der jüngsten Entwicklung hat der Dachverband aller öffentlich Bediensteten jetzt beschlossen, den Fall bis auf Weiteres ruhen zu lassen. Für die CGFP kommt jedoch nur eine langfristige Lösung infrage. Sollte sich herausstellen, dass dem SPAL-Vorsitzenden lediglich eine einjährige Gnadenfrist eingeräumt wurde, wird die CGFP nicht zögern, das Internationale UN-Arbeitsamt in Genf mit einem umfassenden Dossier zu befassen. Affaire à suivre!

Der Wahrheit halber weist die CGFP mit Nachdruck darauf hin, dass der Präsident der Armeeergewerkschaft zu keinem Zeitpunkt einen förmlichen Antrag für einen Postenwechsel eingereicht hat. Anderslautende Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen und entbehren jeglicher Beweise. Fakt ist, dass der SPAL-Vorsitzende seine Bedenken über eine eventuelle Versetzung innerhalb des legalen Zeitraums schriftlich zum Ausdruck gebracht hat.

Die ursprüngliche Absicht der Armeeführung, Herrn Schleck eine neue Stelle zuzuweisen, hat keineswegs auf einem „gegenseitigen Abkommen“ beruht, wie dies fälschlicherweise vom

delegierten Verteidigungsminister Henri Kox im Parlament dargestellt wurde. So verwundert es nicht, dass die beiden für die Armee zuständigen Minister nicht in der Lage sind, das vermeintlich existierende Schriftstück vorzulegen und zu veröffentlichen.

Von Anfang an hatte sich der Dachverband aller öffentlich Bediensteten vehement einer möglichen Versetzung des SPAL-Vorsitzenden widersetzt. Auch in Zukunft wird die CGFP niemals zulassen, dass Staatsbedienstete aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten mundtot, eingeschüchtert oder strafversetzt werden, zumal der Staat hier eine Vorbildfunktion zu erfüllen hat. **ml**

A la mémoire de Pierre Krack

Pierre Krack vient de nous quitter. Syndicaliste de la première heure, il adhéra à la CGFP dès sa création en 1967, successeur de l'AGF de l'époque, au sein de laquelle il avait fait ses premiers pas.

En particulier à l'occasion des journées de mobilisation et d'action de la CGFP il jouait par le passé, en tant que membre du Comité Exécutif, un rôle de premier plan en entraînant les

manifestants. Pierre Krack était de tous les combats syndicaux, que ce fût au niveau national ou sectoriel.

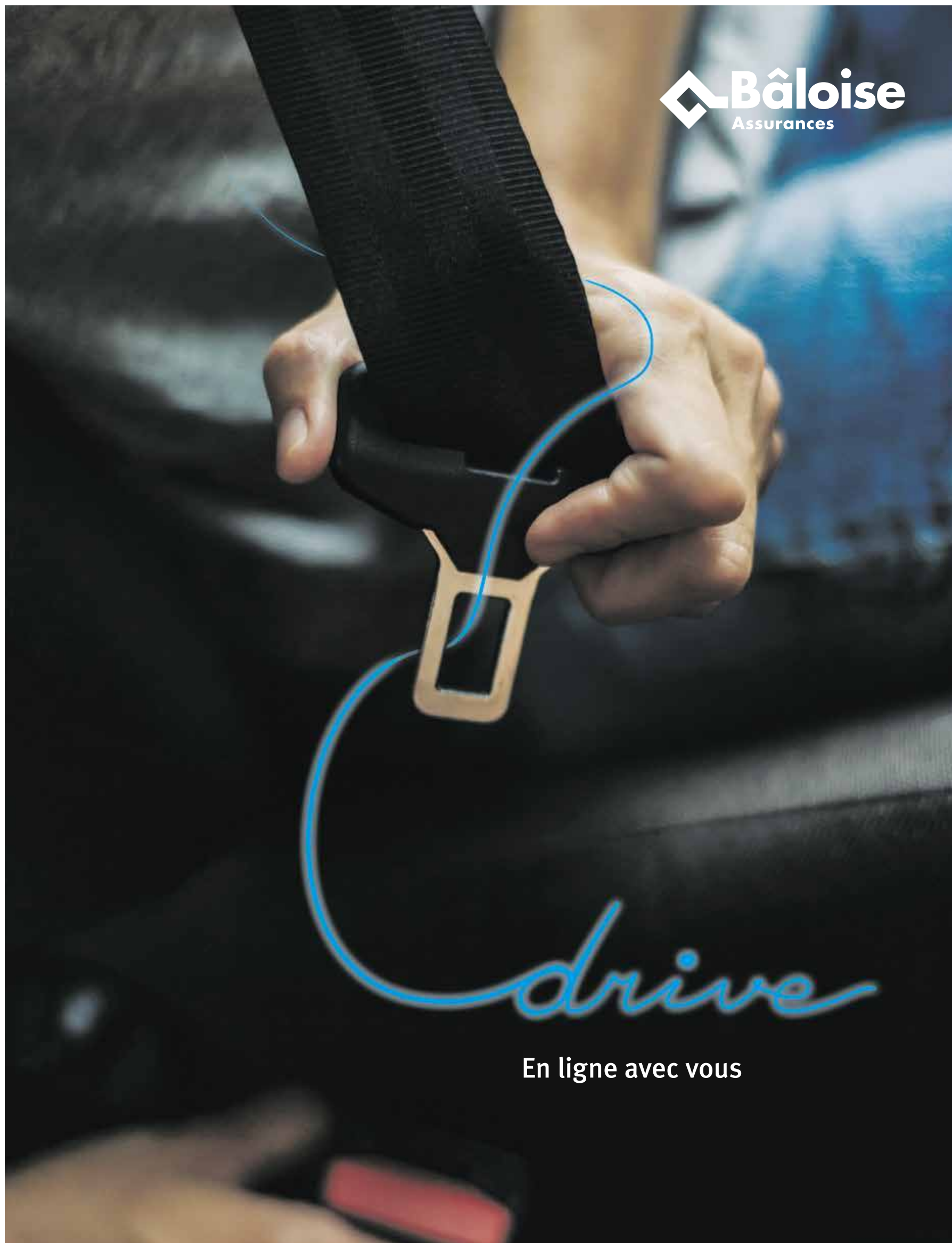
Président de l'Association des Douaniers Luxembourgeois pendant de longues années, il fit preuve d'un engagement permanent et n'hésitait pas à faire appel aux grands moyens pour lutter contre les inégalités et les injustices et faire aboutir les revendications légitimes de ses protégés.

Après sa retraite Pierre Krack continuait à servir en collaborant étroitement au sein de CGFP-Services dans le cadre de leurs oeuvres de prestations sociales où il se distinguait par sa méticulosité.

Pierre Krack s'est éteint. Mais ses compagnons de route et la CGFP en tant que telle, lui garderont un souvenir fidèle et reconnaissant.

jd





En ligne avec vous

Drive

L'assurance AUTO nouvelle génération.

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

53. Vorstandskonferenz der CGFP

„Wenn es um den öffentlichen Dienst geht, führt kein Weg an der CGFP vorbei!“

Das jüngste Treffen der Vorstände von 65 CGFP-Fachverbänden hatte es in sich: Mehr als 500 Gäste waren der Einladung gefolgt und nahmen am vergangenen 9. Dezember vor einer beeindruckenden Kulisse im Parc Hotel Alvisse in Dommeldingen an dem historischen Ereignis teil. Anlässlich des 110-jährigen Jubiläums der Gewerkschaftsbewegung des öffentlichen Dienstes, unterstrich die CGFP-Führung, dass es notwendiger denn je sei, die Gewerkschaftsfreiheit zu verteidigen. Die festliche Stimmung hinderte die CGFP-Verantwortlichen nicht daran, darauf hinzuweisen, wo der Schuh drückt.



Zu den Ehrengästen gehörten unter anderem Parlamentspräsident Fernand Etgen, Beamtenminister Marc Hansen sowie CGFP-Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden.
Fotos: Christof Weber

Der große CGFP-Auftritt zur Vorweihnachtszeit hat bereits Tradition: Jedes Mal, wenn sich das Jahr dem Ende zuneigt, schauen Regierung, Opposition, politische Beobachter und die gesellschaftlichen Kräfte des Landes gebannt auf die Vorstandskonferenz der CGFP: Die messerscharfen Analysen und berechtigten Forderungen der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes haben Gewicht. Davon zeugt nicht nur die starke Medienpräsenz.

In seiner kurzen Begrüßungsansprache hieß CGFP-Nationalpräsident

Romain Wolff die rund 500 Anwesenden herzlich willkommen, darunter Parlamentspräsident Fernand Etgen, zahlreiche Abgeordnete, Beamtenminister Marc Hansen sowie die ehemaligen Minister des öffentlichen Dienstes, Fernand Boden, Henri Grethen und Octavie Modert. Zu den illustren Ehrengästen gehörte auch der langjährige CGFP-Generalsekretär und heutige Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden, der in Begleitung seiner Ehefrau der Vorstandskonferenz beiwohnte.

Die 53. „Conférence des Comités“ stieß dieses Mal auf ein besonders reges Interesse: Gespannt wartete die Öffentlichkeit auf die weitere Entwicklung der Causa Schleck, nachdem die Regierung ein CGFP-Ultimatum untätig hatte verstreichen lassen. Bevor Romain Wolff jedoch auf das aktuelle Geschehen einging, ließ er die Höhepunkte der 110-jährigen Gewerkschaftsbewegung des öffentlichen Dienstes Revue passieren. Dabei versetzte er die Zuhörer zurück ins Jahr 1909, dem Gründungsjahr des Allgemeinen Staatsbeamtenverbandes

(AGF). Drei Jahrzehnte später seien die Aktivitäten des AGF mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stillgelegt worden, bevor 1944 ein äußerst schwieriger Neuaufbau begonnen habe.

Aus der Besoldungsreform, die sich von 1959 bis 1963 erstreckte, sei die AGF geschwächt hervorgegangen. Die Gründung der Berufskammer der öffentlich Bediensteten im Jahr 1964 habe den Handlungsspielraum der AGF zusätzlich eingeschränkt. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung habe damals eine große Uneinigkeit geherrscht. Um eine Zersplitterung der Gewerkschaftsszene zu vermeiden, habe der erste Minister des öffentlichen Dienstes, Pierre Grégoire, den Vertretern aller Berufsverbände aus dem Staatsdienst im Juni 1966 klar gemacht, dass er künftig nur noch einen einzigen Ansprechpartner haben möchte.

Das heutige Syndicat Professionnel de la Force Publique habe zu jenem Zeitpunkt sämtlichen Berufsorganisationen aus dem Staatsdienst den Entwurf einer neuen Dachorganisation, der „Confédération Générale de la Fonction Publique“ (CGFP) unterbreitet. Drei andere große Verbände hätten ihr Einverständnis dafür gegeben: die Association des Instituteurs Réunis (das jetzige SNE), die Entente des Cadres (die heutige AGC) und die Association Professionnelle de la Fonction Publique (APFP).

Gegen eine gewerkschaftliche Zersplitterung

Was die CGFP in den folgenden Jahrzehnten erreicht habe, sei hinlänglich bekannt, so Wolff. Dies sei nur durch den unermüdlichen Einsatz vieler Menschen möglich gewesen, die sich für den Zusammenhalt der inzwischen mehr als 60 Fachverbände engagiert hätten. Auch Joseph Daleiden, Initiator und einer der Gründungsväter der CGFP, habe einen großen Verdienst daran.

Die Mitgliedsorganisationen würden bei ihren spezifischen Anliegen eine völlige Autonomie genießen, so Wolff. Die CGFP verteidige unterdessen die allgemeinen Interessen ihrer mehr als 30.000 Mitglieder. Seit ihrer Gründung lege die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten großen Wert auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit. „Auch wenn die CGFP mehrmals zu Protestkundgebungen aufgerufen und sogar zweimal vom Streikrecht Gebrauch gemacht hat: Wir versuchen stets, die Probleme zunächst in Gesprächen zu lösen“, betonte der Nationalpräsident. Außerdem habe die CGFP sich immer zum Erhalt des öffentlichen Statuts bekannt.

Von Beginn an, seien sich die jeweiligen Fachverbände darüber im Klaren gewesen, dass eine Zersplitterung der Gewerkschaftsszene sie schwächen würde. Bis heute gelte das Prinzip, dass keine Mitgliedsorganisation gegen die Interessen eines anderen Fachverbandes handeln dürfe. Als eine von drei national repräsentativen Gewerkschaften sei die CGFP bei Fragen, die den öffentlichen Dienst betreffen, der einzige Verhandlungspartner der Regierung. Nach wie vor stelle der soziale Fortschritt eines ihrer Hauptanliegen dar. Insbesondere in der heutigen Zeit komme der Gewerkschaftsarbeit eine große Bedeutung zu.

Minister Hansen lobt CGFP

Sich gegen alle Formen des Sozialabbaus einzusetzen und die Interessen der öffentlich Bediensteten zu verteidigen, erfordere sehr viel Engagement und Zeit. Romain Wolff sprach all jenen Menschen Respekt aus, die ihre Arbeit

Fortsetzung siehe Seite 8





Minister
Marc Hansen:
„Mir si frou,
dass et all
Eenzelen
vun iech gëtt!“

Im Anschluss ging das Regierungsmitglied auf einige Herausforderungen ein, die man in Zukunft gemeinsam meistern müsse. Der öffentliche Dienst verfüge über ein sehr großes „Know how“. Die Eigenwerbung lasse jedoch ein wenig zu wünschen übrig. Statt hier und da zu nörgeln, sollte man gemeinsam ein positives Bild des Staatsdienstes nach außen tragen. Nur so werde der Staat als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen und könne dadurch die am meisten talentierten Mitarbeiter einstellen.

genen Wochen zu kommentieren und ins rechte Licht zu rücken. Gestern wie heute sei die CGFP eine ernsthafte Gewerkschaft, die vernünftig aber entschlossen im Interesse ihrer Mitglieder handle, betonte Wolff: „Die CGFP lässt sich jedoch nicht vorführen!“ Eine Gewerkschaft, die sich nicht zu Wort melde, wenn Missstände auftauchen, sei überflüssig. Die CGFP genieße den Ruf, in sachlichen Diskussionen stets den Ball und nicht den Mann zu spielen.

Gewerkschaftskollegen, die in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt und bewusst benachteiligt würden, versichere die CGFP die vollste Unterstützung, ergänzte Wolff. Sollte sich herausstellen, dass es im Staatsdienst Verstöße gegen die Konvention 151 der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf gebe, werde die CGFP einschreiten. Artikel 4 dieser Übereinkunft besage, dass Staatsbedienstete keine Nachteile aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten erfahren dürften.

Anschließend ging der Redner auf die Ereignisse in Bezug auf den Präsidenten der Armeegewerkschaft (SPAL), Christian Schleck, ein. Die Versetzungsprozedur des Betroffenen sei de facto in Gang gesetzt worden (Stand: 9. Dezember 2019). Hier sei der Versuch unternommen worden, den SPAL-Präsidenten gewerkschaftlich völlig handlungsunfähig zu machen. „Die CGFP sieht die Gewerkschaftsfreiheit eindeutig infrage gestellt. So geht man nicht mit engagierten Menschen

fügte Wolff hinzu: „Wer aber glaubt, er könne uns ignorieren, ist total auf dem Holzweg.“ Am vergangenen 3. Dezember habe der delegierte Verteidigungsminister Henri Kox im Rahmen einer aktuellen Fragestunde im Parlament folgendes Statement abgegeben: „En ass jo d'accord“ (Anm. der Red.: Henri Kox bezieht das auf Christian Schleck). Und weiter: „Dat ass e géigesäitegen Accord. Dat ass keng Versetzung! Ech mengen net, datt et eng Versetzung ass. Wann et zesummen ënnerschriww gëtt op engem Pabeier, dann ass et keng Versetzung.“

2019:

Das Jahr der Abkommen

Der CGFP sei die Existenz einer derartigen Übereinkunft nicht bekannt, stellte Romain Wolff klar. Der CGFP-Aufforderung, das vermeintlich existierende Dokument zu veröffentlichen, sei die Regierung nicht nachgekommen. Der CGFP-Nationalpräsident gelangte somit zum Schluss, dass es ein derartiges Schriftstück überhaupt nicht gebe. Falls die Regierung im Fall Schleck nicht kurzfristig einlenke, werde die CGFP ein „detailliertes Dossier“ mit sämtlichen Fakten zusammenstellen und danach das Internationale UN-Arbeitsamt in Genf einschalten. Es sei demnach nicht auszuschließen, dass sich Luxemburg künftig mit Ländern wie Myanmar bei der Internationalen Arbeitskonferenz vor einem weltweiten Publikum verantworten müsse (mehr zu diesem Thema auf Seite 5).

CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger oblag es, Stellung zu anderen aktuellen Schlüsselthemen zu beziehen. 2019 bezeichnete er als das Jahr der Abkommen. Im Zuge einer erfolgreichen Protestkundgebung habe die CGFP Anfang 2019 im „Spuerkeess“-Konflikt einen tragfähigen Kompromiss mit der Regierung und der BCEE-Generaldirektion ausgehandelt.

Mit Genugtuung stellte Steve Heiliger fest, dass mit der Abschaffung der 80/80/90-Regelung zulasten der Praktikanten eine Kernforderung der CGFP umgesetzt worden sei. Das entsprechende Gesetz sei am 19. November 2019 ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme im Parlament verabschiedet worden. Nach wie vor sei die CGFP der Ansicht, dass die 80/80/90-Regelung nie hätte eintreten dürfen. Diese wäre jedoch die einzige Alternative zu einem bedeutenden Sozialkonflikt im öffentlichen Dienst gewesen, der niemandem etwas gebracht hätte. Außerdem habe die damalige Regierung Einschnitte be-

Fortsetzung von Seite 7

gewissenhaft im Dienst der Allgemeinheit verrichten und sich zudem teilweise in ihrer Freizeit auf gewerkschaftlicher Ebene für die Belange anderer einsetzen. In Zeiten, in denen kein Land vor sozialem Abbau, Privatisierungen oder der Auslagerung von staatlichen Dienstleistungen gefeit sei, würden engagierte Gewerkschafter mehr denn je gebraucht.

Dem konnte Beamtenminister Marc Hansen nur beipflichten. Der Gastredner legte großen Wert darauf, den Anwesenden einen besonderen Dank auszusprechen: „Ouni iech hätte mer net deen effikasse Staat, dee mer haut hunn (...) Mir si frou, dass et all Eenzelen vun iech gëtt!“ Das gewerkschaftliche Engagement mit all seinen Freiheiten müsse respektiert werden. Die gemeinsamen Werte gelte es hochzuhalten.

Der Sozialdialog liege ihm persönlich sehr am Herzen, beteuerte Hansen. Zusammen habe man es zum Beispiel geschafft, die verfahrenere Situation bei der BCEE zu lösen. Auch die 80/80/90-Regelung gehöre nun der Vergangenheit an und das sei auch gut so. Zudem seien die Gespräche mit der CGFP über die Arbeitszeitregelung sehr konstruktiv gewesen. Oberstes Ziel sei es gewesen, gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu schaffen.

Im Budgetentwurf 2020 seien insgesamt 1.850 neue Posten für den öffentlichen Dienst vorgesehen. Der Staat rekrutiere so viel wie noch nie zuvor, um somit dem chronischen Personalmangel in einigen Verwaltungen endlich entgegenzuwirken. „Es ist auch das Verdienst der CGFP, dass sie die Politik darauf aufmerksam gemacht hat“, schlussfolgerte Marc Hansen.

Als Beamtenminister drückte er den Wunsch aus, dass es auch in den nächsten 110 Jahren weiterhin Menschen geben solle, die sich für die Sache einsetzen. Mindestens noch vier Jahre lang wolle er ein offener und sachlicher Diskussionspartner der CGFP bleiben, so Hansen, der sichtlich auf Tuchfühlung war: „Wir alle sind da, um zusammen im Dienst des Landes voranzukommen.“

„Die CGFP lässt sich nicht vorführen“

Nach Hansens Ausführungen trat CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff erneut ans Rednerpult, um das ereignisreiche Geschehen der vergan-

„WER GLAUBT, ER KÖNNE UNS IGNORIEREN, IST TOTAL AUF DEM HOLZWEG“

ROMAIN WOLFF

um! Erst recht nicht, wenn es sich dabei um gewerkschaftliche Grundrechte handelt, die in der Verfassung verankert sind“, erregte sich Romain Wolff.

Aus all diesen Gründen habe die CGFP die politisch Verantwortlichen schriftlich um ein klärendes Gespräch gebeten. Die Regierung sei dazu aufgefordert worden, die besagte Konvention sofort im vollen Umfang einzuhalten und Herrn Schleck an seinen vorigen Arbeitsplatz zurückzusetzen.

Bedauerlicherweise habe die CGFP keine Antwort auf ihren Brief erhalten,



absichtigt, deren Konsequenzen noch weitaus gravierender gewesen wären.

Aus diesem Grund habe die CGFP schweren Herzens der 80/80/90-Regelung zugestimmt. Doch schon damals habe man darauf hingewiesen, dass die Einführung dieser umstrittenen Maßnahme nicht für immer und ewig in den Stein gemeißelt sei. In den Folgejahren habe sich das finanzielle Umfeld wesentlich verbessert. Zu allem Überfluss habe sich die 80/80/90-Regelung auch negativ auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber ausgewirkt. Ein Aufrechterhalten dieser Sparmaßnahme sei demnach mit nichts mehr zu rechtfertigen gewesen.

Sichtlich erfreut zeigte sich der CGFP-Generalsekretär darüber, dass zeitgleich mit der Abschaffung der 80/80/90-Regelung, die Dauer der Stage-Zeit von drei auf im Prinzip zwei Jahre verringert wird, auch wenn dadurch in einigen Verwaltungen punktuelle Probleme auftreten könnten. Zu keinem Zeitpunkt habe die CGFP allerdings eine deutliche Senkung der

Ausbildungsstunden während des Praktikums gefordert. Der Inhalt dieser Ausbildung könne hingegen durchaus angepasst werden, denn nur gut ausgebildete Mitarbeiter seien in der Lage, eine gute Arbeit im Dienst der Allgemeinheit zu verrichten.

Keine belanglosen Plauderstunden

Es sei höchste Zeit gewesen, die unsägliche 80/80/90-Regelung abzuschaffen. In Sonntagsreden den künftigen Generationen nach dem Mund zu reden, ohne dabei Taten folgen zu lassen, sei ein Unding. „Wer gegen die Abschaffung der 80/80/90-Regelung ist, spricht sich eindeutig gegen die Jugend aus“, so Heiliger in Anspielung auf jene Politiker, die in der Vergangenheit an dieser kontraproduktiven Maßnahme festhielten.

Die Beseitigung der 80/80/90-Regelung beruhe auf einem Akt von beeindruckender Solidarität innerhalb der CGFP. Sowohl der Dachverband aller öffentlich Bediensteten als auch deren Fachverbände hätten damals auf eine lineare Punktwerthöhung zugunsten der kommenden Generationen verzichtet. Diese Vorgehensweise sei der Beleg dafür, dass der Begriff „Solidarität“ für die CGFP keine leere Worthölse sei. Mit Blick auf die im nächsten Jahr bevorstehenden Gehälterverhandlungen redete der CGFP-Generalsekretär jedoch Klartext: „An einer Punktwerthöhung wird dieses Mal mit Sicherheit kein Weg vorbeiführen.“



„AN EINER PUNKTWERTERHÖHUNG WIRD DIESES MAL MIT SICHERHEIT KEIN WEG VORBEIFÜHREN“

STEVE HEILIGER

Nach dieser unmissverständlichen Botschaft wechselte der Orator zu einem anderen Thema über. In der Zusatzvereinbarung des Gehälterabkommens von 2016 habe sich die Regierung im Juni 2018 dazu verpflichtet, Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden über deren sektorielle Anliegen zu führen. Dabei habe die CGFP von Anfang an klargestellt, dass diese Gespräche nicht zu belanglosen Plauderstunden verkommen dürften.

Die Unterredungen würden zwar ergebnislos verlaufen. Mit dem vorigen Beamtenminister habe die CGFP allerdings einen erheblichen Betrag ausgehandelt, der genügend Spielraum biete, um den berechtigten sektorischen Anliegen in großem Umfang Rechnung zu tragen. In Anbetracht dieser Tatsache habe die CGFP auf andere Forderungen verzichtet, die das allgemeine Interesse betreffen.

„Wir müssen nicht unbedingt Ende kommenden Jahres mit einer Vielzahl von sektorischen Konflikten konfrontiert werden“, so ein nachdenklicher Heiliger. Aus diesem Grund müssten bis Ende 2020 „zufriedenstellende Ergebnisse“ auf dem Tisch liegen. Marc Hansen müsse Farbe bekennen, indem er nicht nur als Minister des öffentlichen Dienstes, sondern an erster Stelle auch als Minister für den öffentlichen Dienst handle.

Fahrlässiges und unverantwortliches Verhalten

Ein wahrer Erfolg sei auch das Gesetz zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst. Privat- und Berufsleben könnten dadurch besser miteinander vereinbart werden. Die Arbeitszeitregelung, die in das Gesetz eingegliedert wurde, habe jedoch insbesondere in Verwaltungen mit Schichtdienst vereinzelte Probleme ausgelöst.

Nach langwierigen Verhandlungen habe man es vor der Sommerpause geschafft, jeweils ein Abkommen für die Polizei und die Armee auszuhandeln. Inzwischen hätten Gespräche mit der

Innenministerin und dem Finanzminister stattgefunden, um eine Lösung im Rettungskorps CGDIS sowie bei der Zollverwaltung zu finden. Da Gesetze und großherzogliche Verordnungen viel Zeit in Anspruch nehmen, habe man den Weg von sektorischen Vereinbarungen eingeschlagen.

Ziel sei es gewesen, funktionsfähige Verwaltungen, die eine äußerst wertvolle Arbeit im Dienst der Allgemeinheit leisten, weiterhin zu gewährleisten. Der Kern des Problems sei der besorgniserregende Personalmangel. Wenn jahrelang beim Staat versäumt worden sei, die Beschäftigtenzahl den heutigen Gegebenheiten anzupassen, könne es nicht angehen, dass die öffentlich Beschäftigten massiv Überstunden ohne Ausgleich leisten. Der Staat trage die Verantwortung dafür, seine Mitarbeiter zu schützen. Absolut begrüßenswert seien die mehrjährigen Einstellungspläne, die erstellt worden seien, um der personellen Unterbesetzung entgegenzuwirken, wohlwissend, dass das Problem nicht von heute auf morgen zu beheben sei.

Die sektorischen Abkommen seien laut deren Wortlaut mit sofortiger Wirkung anzuwenden, hieß es weiter. Dennoch würden manche Verwaltungen diese Vereinbarungen ignorieren, bis eine gesetzliche Grundlage vorhanden sei, erzürnte sich Heiliger: „Wer sich so verhält, handelt nicht nur fahrlässig, sondern unverantwortlich.“ Die Politik sei in dieser Angelegenheit schnellstens gefordert. Andernfalls sei mit heftigstem Widerstand seitens der CGFP zu rechnen.

In Bezug auf die Arbeitszeitregelung habe die CGFP sich von Beginn an gegen grundlegende Änderungen am öffentlichen Statut ausgesprochen. Lediglich dort, wo sich Probleme erweisen, sollten Ausnahmen ins Auge gefasst werden. Das Ausgangsdokument, das im vergangenen Sommer einer außerordentlichen Vorstandskonferenz vorgelegt wurde, sei im Herbst in einer Arbeitsgruppe nachgebessert worden.

Fortsetzung siehe Seite 11







TERRAINEN APPARTEMENTER HAISER

A.E.: 00137028/0



14, rue de la Gare
L-7535 Mersch
T. 32 75 76
arend-fischbach.lu

Metalica Home

PORTES ET FENÊTRES PVC | ALU | BOIS
PERGOLAS | VERANDAS



PVC

ALU

BOIS

SHOWROOM
DE 500 m²



Venez découvrir tous les modèles de fenêtres
dans **notre showroom à Esch-sur-Alzette !**

Nous vous accueillons :

du lundi au vendredi de 9h à 18h
le samedi de 9h à 16h30



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu





In Erwartung der Dinge: Parlamentspräsident Fernand Etgen (3.v.l.) umgeben von Gilbert Goergen (Vizepräsident), Steve Heiliger (Generalsekretär), Beamtenminister Marc Hansen, Max Lemmer (Presseattaché), Claude Heiser (Erster Vizepräsident) und Patrick Remakel (Finanzverwalter) (v.l.n.r.)

Fortsetzung von Seite 9

Obwohl die Arbeitszeitregelung ein sehr heikles Thema sei, habe man es geschafft, vier große Bereiche (Polizei, Armee, Bildungswesen und Verwaltungen) auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Die Gespräche mit Beamtenminister Marc Hansen seien ermutigend gewesen. Von Anfang an habe die CGFP darauf gepocht, dass die sektoriellen Abkommen keineswegs infrage gestellt werden dürfen. Zugleich habe man sich gegen Bestimmungen gewehrt, die nur in wenigen Ausnahmefällen einen Sinn ergeben, in anderen Bereichen jedoch genauso schnell zu Missbräuchen führen könnten. (Bei Redaktionsschluss waren die diesbezüglichen Verhandlungen mit Minister Hansen noch nicht abgeschlossen.)

Im Laufe seiner Rede ging der CGFP-Generalsekretär auch auf die jüngsten Provokationen seitens des Patronats ein. 2018 habe der Präsident der Bankenvereinigung ABBL den Zorn der CGFP auf sich gezogen. Inzwischen sei im ABBL-Lager Ruhe eingeleitet, da die Frontmänner vorwiegend mit sich selber beschäftigt seien, bemerkte der CGFP-Generalsekretär mit einem Schuss Ironie.

Dieses Mal knüpfte sich Heiliger den UEL-Präsidenten vor. Nicolas Buck wirke jovial, dynamisch und spritzig, doch Vorsicht sei geboten, so der Redner. Die UEL weigere sich im „Comité permanent du travail et de l'emploi“ (CPTÉ) zu verhandeln. Zudem habe deren Vorsitzender verlauten lassen, die CGFP solle sich aus der Debatte ausklinken, da sie sich auf einem völlig anderen Arbeitsmarkt bewege.

Eine Frontalattacke auf das Sozialmodell

Der UEL-Präsident habe somit versucht, die CGFP ins Abseits zu drängen, konterte Heiliger. Als vollwertiges CPTÉ-Mitglied stehe es der CGFP jedoch zu, bewährte Grundprinzipien, wie die Fortsetzung des Sozialdialogs, mit aller Entschlossenheit zu verteidigen. Sogar der Präsident der Handelskammer habe neulich in den sozialen Netzwerken verkündet, der Sozialdialog sei ein Bestandteil des Luxemburger Wirtschaftsmodells. Wie auch immer man es nennen möge: Mit ihrem jüngsten Auftritt habe die UEL eine Frontalattacke auf das Luxemburger Modell gestartet.

„LASST UNS DAS BEWERTUNGSSYSTEM IN DIE TONNE WERFEN“

STEVE HEILIGER

Erbost war der CGFP-Generalsekretär auch darüber, dass das UEL-Sprachrohr in der RTL-Sendung „Background“ versucht habe, die völlig überflüssige Index-Diskussion wieder anzukurbeln. Insbesondere für die Beschäftigten ohne Kollektivverträge stelle der Index einen wichtigen Ausgleich für den Preisverfall dar. Außerdem habe bislang kein einziger Investor Luxemburg wegen des Index gemieden.

Weltweit genieße das Großherzogtum den Ruf, zu jenen Ländern mit den niedrigsten Soziallasten zu gehören. Die Geldgeber wüssten es zu schätzen, dass der soziale Frieden hierzulande gewährleistet sei. Der Indexmechanismus habe maßgeblich dazu beitragen, ergänzte Heiliger, der eine klare Botschaft sendete: „D'Fangeren ewech vum Index!“

Sichtlich verärgert war Steve Heiliger über eine weitere Aussage des UEL-Vorsitzenden. In der besagten

RTL-Sendung habe Nicolas Buck die kühne Behauptung aufgestellt, der öffentliche Dienst beschäftige ausschließlich Luxemburger, wohingegen die Ausländer allesamt in der Privatwirtschaft arbeiten würden. Dieses Statement lasse darauf schließen, dass der UEL-Boss es nicht immer so genau mit der Wahrheit nehme.

Gegen eine weitere Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger

Fakt sei, dass nirgendwo sonst in Europa der Anteil an EU-Bürgern im Staatsdienst prozentual so hoch sei wie in Luxemburg. Die Bestimmung aus dem Jahr 2009, die den Zugang von Nicht-Luxemburgern zum öffentlichen Dienst regle, reiche derzeit völlig aus.

Bevor man eine zusätzliche Öffnung des Staatsdienstes in Erwägung ziehe, müssten alle anderen Lösungsansätze vollständig ausgeschöpft werden.

Die Auffassung, den Staatsdienst verstärkt für Nicht-Luxemburger zu öffnen, sei in Patronatskreisen teilweise umstritten, gab Steve Heiliger zu bedenken. Hinter vorgehaltener Hand würden manche Arbeitgeber befürchten, dass dadurch viele Ausländer der Privatwirtschaft den Rücken kehren würden. „Herr Buck weiß, was damit gemeint ist“, schob der Redner genüsslich nach und meinte, dass ein wenig mehr Zurückhaltung dem UEL-Präsidenten gut zu Gesicht gestanden hätte.

Kein gutes Haar ließ Heiliger an der Einführung des Bewertungssystems. Ein derartiges Konzept eigne sich nicht für den öffentlichen Dienst. „Herr Minister, die Argumente sind hinlänglich bekannt, deshalb versuchen Sie gar nicht, daran herumzudoktern. Lasst uns das Ganze in die Mülltonne werfen“, brachte es der CGFP-Generalsekretär unter tosendem Beifall auf den Punkt.

Fortsetzung siehe Seite 13



53^e Conférence des Comités – 9 décembre 2019

Résolution

Après avoir pris connaissance de la ligne de conduite de la CGFP et de la prise de position du Comité exécutif sur les problèmes d'actualité, les délégués de la Confédération Générale de la Fonction Publique (CGFP), réunis en Conférence des Comités à Luxembourg en date du 9 décembre 2019:

approuvent le programme d'action de la CGFP portant sur la situation politique, économique et sociale, ainsi que sur les réformes en cours;

EN MATIÈRE DE RÉFORMES:

exigent que les accords en matière statutaire et salariale conclus entre la CGFP et le gouvernement soient appliqués dans tout le secteur public d'une façon conforme à la lettre et à l'esprit des textes et non réinterprétés arbitrairement par le gouvernement, voire les organes de décision;

insistent que, tant dans les administrations que dans les établissements publics, les représentations du personnel participent au processus décisionnel dans l'esprit d'un véritable dialogue social honnête et constructif;

demandent que les imperfections constatées soient corrigées et que les mesures qui se sont avérées douteuses, voire inutiles soient éliminées dans les meilleurs délais;

demandent d'adapter davantage les conditions d'accès à la Fonction publique de sorte qu'un recrutement efficace et continu d'agents de l'Etat soit garanti;

insistent pour que les laissés-pour-compte des réformes soient reconnus comme des cas de rigueur à traiter aussi rapidement que possible et que le gouvernement reste à l'écoute des revendications aussi bien de l'organisation faïtière CGFP que de ses associations professionnelles.

exigent du gouvernement de mobiliser ses efforts pour que tous ses agents puissent travailler en toute sérénité et sécurité et que des conditions de travail décentes leur soient garanties.

sont d'avis que la connaissance des institutions luxembourgeoises ainsi que de la langue luxembourgeoise sont primordiales non seulement pour l'obtention de la nationalité, mais également pour l'intégration dans la société luxembourgeoise;

considèrent que le luxembourgeois comme langue nationale doit trouver sa juste place au sein du multilinguisme, marque distinctive de notre identité nationale et notre atout majeur au niveau européen et international;

rappellent que le dialogue social authentique ne doit pas être une simple vue de l'esprit mais une réalité incontournable à la base même de la communauté nationale;

soutiennent le tripartisme – modèle social garantissant le dialogue constructif entre salariés, employeurs et gouvernement et qui a fait ses preuves au fil de l'histoire du Grand-Duché de Luxembourg.

estiment qu'en matière fiscale, il convient de rééquilibrer le fardeau financier entre les personnes physiques et les collectivités;

EN MATIÈRE POLITIQUE:

réaffirment la position d'indépendance politique de la CGFP et sa vocation à défendre les intérêts professionnels, moraux et matériels de ses membres, quelle que soit l'évolution politique du pays;

estiment que le Luxembourg doit résolument défendre ses intérêts nationaux sur la scène internationale, comme le font les autres Etats membres de l'Union européenne;

mettent en garde contre l'amalgame entre la lutte contre le terrorisme et l'afflux des réfugiés politiques qui submergent l'Europe alors que les Etats démocratiques doivent coordonner leurs actions pour répondre fermement à la menace terroriste et se montrer solidaires, dans la mesure des moyens disponibles, avec les victimes des conflits dans le monde;

considèrent que les valeurs européennes doivent être davantage promues afin de maintenir la solidarité et la paix au sein de notre société;

EN MATIÈRE ÉCONOMIQUE ET SOCIALE:

demandent au gouvernement de redoubler d'efforts en matière de lutte contre le chômage des jeunes, contre la pauvreté et contre l'augmentation des inégalités au Luxembourg;

exhortent le gouvernement à s'ouvrir plus largement à l'écoute des attentes et aspirations de la majorité silencieuse;

se prononcent résolument contre la démagogie populiste de l'extrême droite;

rappellent l'importance des valeurs morales que sont l'honnêteté intellectuelle, le travail bien fait, l'engagement personnel, le respect de l'autre, la loyauté et la solidarité;

insistent sur l'importance de l'ajustement régulier des salaires et des pensions à l'évolution générale des prix à la consommation;

* * *

adressent un appel pressant aux membres de la CGFP à resserrer les rangs et à faire preuve de solidarité et d'unité dans l'action, garantes de son succès et de son rôle sur la scène sociale et nationale;

renouvellent leur confiance dans les instances dirigeantes de la CGFP.





Für den musikalischen Rahmen sorgte das Klarinettenquartett der Militärmusik.

Fortsetzung von Seite 11

Wenn es jedoch darum gehe, die Weichen zu stellen, damit der öffentliche Dienst den Zug der Digitalisierung nicht verpasse, werde sich die CGFP dem keineswegs widersetzen. Dabei müsse allerdings darauf geachtet werden, dass stets der Mensch im Mittelpunkt stehe. Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts müsse der Übergang auf eine sanfte Art und Weise geschehen. Alles andere wäre verkehrt, insbesondere im öffentlichen Dienst, der auch eine soziale Verantwortung trage.

Sozialwahlen fest im Visier

Den Blick nach vorne gerichtet, gab der CGFP-Generalsekretär eine klare Richtung vor. Bei den im März kommenden Jahres bevorstehenden Berufskammerwahlen werde die CGFP alles daransetzen, ihre aktuelle Mehrheit zu verteidigen und gegebenenfalls sogar auszubauen. In diesem Zusammenhang habe die CGFP ihre moderne, benutzerfreundliche und informative Homepage neugestaltet. An die öffentlich Bediensteten ging der Aufruf, die CGFP-Listen bei den Sozialwahlen massiv zu stärken und die Stimmzettel rechtzeitig zurückzuschicken.

„Wenn es um den öffentlichen Dienst geht, führt kein Weg an der CGFP vorbei“, gab sich Steve Heiliger selbstbewusst. Es reiche nicht aus, in bestimmten Bereichen vertreten zu sein. Ausschlaggebend sei der Blick fürs Ganze. Wie bereits in der Vergangen-

heit werde die CGFP ihren Anteil für einen modernen, dynamischen und leistungsstarken Staatsdienst mit einer angemessenen Gehälterentwicklung für die öffentlich Beschäftigten leisten. „Wir wissen jedenfalls, wer die größte Gewerkschaftsorganisation im öffentlichen Dienst darstellt. Und das macht den Unterschied aus: Die einen wären es gerne – und wir sind es!“

Zum Schluss seiner rund 45-minütigen Rede dankte Heiliger den Gewerkschaftskollegen für die vorbildliche Arbeit, die sie in den vergangenen zwölf Monaten in den CGFP-Gremien bzw. in den CGFP-Fachverbänden geleistet haben. Stellvertretend für das CGFP-Exekutivbüro überbrachte er den CGFP-Mitgliedern die Glückwünsche für das kommende Jahr. Die große Anzahl der Anwesenden sei der Beleg dafür, dass die CGFP auch in schwierigeren Zeiten Stärke zeige. Niemand solle versuchen, sich mit einzelnen Gruppierungen der CGFP anzulegen, so die deutliche Warnung: „Die CGFP lässt sich nicht auseinanderdividieren.“ Jeder Angriff, der sich gegen die CGFP richte, mache sie noch stärker als sie es ohnehin schon sei.

Die letzten Worte richteten sich an die Politik: Diejenigen, die eine Politik im Interesse des Landes und im Sinne aller öffentlich Bediensteten gestalten würden, könnten auch in Zukunft mit der Unterstützung der CGFP als zuverlässigem und verantwortungsbewusstem Sozialpartner rechnen.

Max Lemmer

53. CGFP-Vorstandskonferenz

Die Gäste

Parlamentspräsident
Fernand Etgen

Minister des öffentlichen Dienstes
Marc Hansen

Ehemalige Minister des öffentlichen Dienstes
Fernand Boden
Henri Grethen
Octavie Modert

CGFP-Ehrengeneralsekretär
Joseph Daleiden

Alternativ Demokratisches Reformpartei (ADR)
Gast Gibéryen,
Abgeordneter

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV)
Martine Hansen,
Fraktionspräsidentin

Diande Adehm,
Abgeordnete
Gilles Roth,
Abgeordneter

Déi gréng
Josée Lorsché,
Fraktionspräsidentin

Demokratische Partei (DP)
Gusty Graas,
Abgeordneter

Kommunistische Partei (KPL)
Ali Ruckert,
Parteipräsident

Fédération Générale de la Fonction Communale (FGFC)
Marco Thomé,
Präsident

Jean-Paul Kertz
Alain Spies
Claude Reuter
Dirk Kirschten

Berufskammer des öffentlichen Dienstes
Georges Muller,
Direktor
Georges Trauffler
Marc Poos
Roland Rinnen

Caisse de Maladie des Fonctionnaires et Employés Publics (CMFEP)
Claude Stephany,
Präsident



Claude Heiser, Erster CGFP-Vizepräsident, beim Vortragen der Resolution, die anschließend einstimmig von den Vertretern der 65 CGFP-Fachverbände gutgeheißen wurde (siehe Seite 12).

53. CGFP-Vorstandskonferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste







Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2020

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspargen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspargen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauspargen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsoptionen zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauspargen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Die neue Kupferzeit

Als Wandverkleidung im Wohnbereich oder schimmernde Front in Küche und Bad – jetzt mit Kupfer den Raum erstrahlen lassen.

Rost an der Wand? Nur zu! Die rötlich glänzende Metalloptik liegt im Trend. Dafür bieten sich kupferfarbene Fliesen an, in Bad und Küche genau wie im Wohnzimmer. Sie bestehen aus Feinsteinzeug oder Glas, schimmern aber durch eine Beschichtung wie oxidiertes Metall. „Dadurch entsteht mit wenig Aufwand eine großzügige Tiefe im Raum“, sagt Ralf Palm von der BHW Bausparkasse. Eine besondere optische Wirkung entfalten die Kupferelemente, wenn sie großflächig

verwendet werden. Das gelingt mit kupferfarbenen Wandpaneelen aus Aluminium. Sie haben eine warme Ausstrahlung und eine besondere Haptik, sind aber nicht ganz billig: 125 mal 250 Zentimeter große Platten kosten etwa 700 Euro. Für den Kochbereich gibt es jetzt auch Küchenfronten im Kupferlook. Auch für Badezimmer eignet sich das neue Design. Dort ist ein Waschtisch mit rostfarbenem Unterschränk und Becken ein edler Hingucker. Die Kupferanmutung ist allerdings oft nur schöner Schein: Die Becken sind nicht wirklich aus Kupfer, sondern aus Holz – ein Spachtel-Finish sorgt für die metallische Optik.

Immobilienkauf mit Plan



Wer eine Immobilie kauft, will sie vorher gründlich prüfen. Doch dafür ist oft wenig Zeit – in gesuchten Lagen stehen die Interessenten Schlange. Wer sich systematisch vorbereitet, kann die Angebote jedoch schneller filtern.

Um beim Kauf der Traumimmobilie möglichst wenig Kompromisse eingehen zu müssen, sollten Kaufinteressenten zuerst ihren Bedarf kritisch hinterfragen: In welcher Lage wollen wir wohnen? Wie viele Zimmer brauchen wir jetzt und in Zukunft? Wie viel Platz benötigen wir mindestens und höchstens? Das hilft Käufern, bereits beim Sichten von Anzeigen, den Fokus auf das Wesentliche zu legen. Viele Angebote fallen dann schon durch das Raster. Ebenso wichtig ist eine solide Finanzierung: Wie viel Eigenkapital ist vorhanden? Wie viel Kredit ist erforderlich? Wichtig ist außerdem, mindestens zehn Prozent des Kaufpreises für die Grunderwerbssteuer sowie für Notar- und Grundbuchkosten einzuplanen. Hinzu kommen in der Regel noch Maklerkosten.

Besichtigung mit Plan

Nur wenn eine Immobilie den individuellen Bedarfs- und Finanzcheck besteht, sollte man ihren Kauf erwägen. Dann sollten Interessenten die Pläne und den Grundriss genau prüfen und sich alle Fragen zum Angebot notieren. Hilfreich sind dabei die Checklisten der Verbraucherzentralen. „Besonders gründlich sollten Bausubstanz, Heizungstechnik und der eventuelle Modernisierungsbedarf der Immobilie unter die Lupe genommen werden, am besten von einem Sachverständigen“, rät Thomas Mau von der BHW Bausparkasse. „Mängel in diesen Bereichen führen zu hohen Sanierungskosten.“

Unterlagen einfordern

Auch die Einsicht in den Bebauungsplan ist wichtig. Er sagt aus, welche Anbauten auf dem eigenen und den Nachbargrundstücken erlaubt sind. Seriöse Verkäufer legen auch die Baugenehmigung der Immobilie vor. Ob sie durch eine Hypothek belastet ist, geht aus dem Grundbuchauszug hervor. Mau rät Käufern, sich nicht unter Druck setzen zu lassen. „Das Risiko, Verluste zu erleiden, ist zu hoch.“

Avis de la Chambre des fonctionnaires et employés publics sur le projet du budget de l'État 2020

Alléger la charge fiscale des personnes physiques

Créer les conditions d'une croissance qualitative

À la faveur d'une croissance qui reste solide et de recettes qui ont dépassé les attentes en 2018 (et qui devraient de nouveau les dépasser en 2019), par contraste avec la tendance au ralentissement dans la plupart des pays de la zone euro, le projet de budget de l'État pour l'exercice 2020 se présente sous de bons auspices.

Ce projet de budget de l'État intervenant à peine sept mois après le budget de l'exercice précédent, du fait du recours à la procédure d'exception dite des «douzièmes provisoires» en raison des élections législatives du 14 octobre 2018, la Chambre des fonctionnaires et employés publics s'est principalement attachée à commenter les mesures présentées comme prioritaires par le gouvernement pour 2020 au regard des grandes orientations politiques annoncées jusqu'ici en 2019.

Soutenabilité à long terme des finances publiques

Le projet de loi relatif à la programmation financière pluriannuelle pour la période 2019-2023 aborde de nouveau les conclusions du groupe de travail mis en place suite au bilan actuariel de l'IGSS sur la situation financière du régime général d'assurance pension. La Chambre rappelle dans ce cadre la nécessité d'envisager de recourir à des sources alternatives de financement des différents régimes d'assurance pension, qui ne devraient plus nécessairement se baser exclusivement sur la masse salariale.

Perspectives budgétaires

Au vu des recettes fiscales présentées, la Chambre des fonctionnaires et employés publics relève, comme elle l'a déjà fait par le passé, l'augmentation exponentielle de la part des impôts directs payés par les personnes physiques par rapport aux impôts à charge des entreprises, en raison notamment de la non-adaptation du barème d'imposition au coût de la vie, mécanisme abrogé en 2013 dont la Chambre demande la réactivation.

Croissance contre qualité de vie

La Chambre des fonctionnaires et employés publics rejette les perspectives de croissance qui présentent une augmentation de la population à hauteur de plus d'un million d'habitants à l'horizon 2060 comme la seule perspective d'avenir pour le Luxembourg. Elle appelle le gouvernement à mettre en œuvre les conditions d'une croissance qualitative basée sur une dissociation des régimes de pension et de protection sociale de la masse salariale pour asseoir les finances publiques sur le partage équitable de la production de richesses.



Avis portant sur:

- le projet de loi concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2020
- le projet de loi relatif à la programmation financière pluriannuelle pour la période 2019-2023

La Chambre met par ailleurs en garde contre les effets potentiellement pervers de la politique de taux d'intérêt bas, voire négatifs, et elle invite le gouvernement à se positionner en faveur d'un délestage des branches d'activités à fins spéculatives dans l'éventualité d'une nouvelle crise financière causée par les pratiques à risques des établissements de crédit.

Elle rappelle en outre la nécessité d'adapter les effectifs dans la fonction publique à l'évolution démographique et de mettre en œuvre comme il se doit la réforme du stage et de la formation durant le stage dans la fonction publique. Dans cette optique, elle renvoie également à la problématique de l'aménagement du temps de travail dans les services et administrations ayant recours au travail par équipes successives, à laquelle il est essentiel de trouver des solutions.

Réforme fiscale

La Chambre des fonctionnaires et employés publics prend bonne note de l'initiative du gouvernement visant à déclarer «caduques» les décisions anticipées émises avant le 1^{er} janvier 2015 pour ne conserver que les décisions anticipées prises conformément à la nouvelle procédure prévue par la loi générale des impôts. Elle regrette tou-

tefois le silence du projet de loi concernant l'impact potentiel de la prochaine réforme fiscale, qui a pourtant été annoncée comme une réforme visant à alléger la charge fiscale des personnes physiques et qui, si tel sera le cas, ne saurait être financièrement neutre pour les finances publiques.

Dans la perspective de cette réforme, la Chambre invite le gouvernement à adapter le barème de l'impôt sur le revenu à l'évolution cumulée du coût de la vie depuis 2009, à décaler la progressivité du barème de l'impôt sur le revenu vers les tranches supérieures et à abolir la classe d'impôt 1a.

Logement

En matière de fiscalité immobilière, la Chambre des fonctionnaires et employés publics rappelle la nécessité de mettre fin au régime fiscal permettant aux fonds d'investissement spécialisés (FIS) d'investir dans des biens immobiliers tout en étant exonérés d'impôts.

Au niveau de la TVA-logement, la Chambre souligne la nécessité d'augmenter à 120.000 euros le plafond de la TVA récupérable sur les frais d'acquisition et de construction, ceci pour tous les travaux de construction et de rénovation de logements à des fins d'habitation principale ou de location.

Elle demande également que le montant maximal de 1.344 euros des cotisations versées dans le cadre d'un contrat d'épargne-logement, à l'heure actuelle seulement déductible pour les contribuables jusqu'à l'âge de quarante ans, soit déductible jusqu'à l'âge légal de départ à la retraite, voire que la limite d'âge précitée soit supprimée.

La Chambre invite par ailleurs le gouvernement à légiférer sur la question de l'imposition des revenus issus de plates-formes «peer-to-peer» en matière de location d'immeubles.

Elle propose ensuite certaines mesures pour inciter les propriétaires de logements et/ou terrains vacants à les mettre à disposition sur le marché de la vente ou de la location. De plus, la formule de calcul de la subvention de loyer devrait être adaptée.

Développement durable ou «greenwashing»

Le projet de loi budgétaire mentionnant la lutte contre le réchauffement climatique comme l'une des priorités du gouvernement, la Chambre des fonctionnaires et employés publics s'est penchée sur les investissements effectivement consentis à l'environnement. Elle en déduit que 70% des investissements annoncés en faveur de l'environnement concernent uniquement le développement de l'infrastructure des transports en commun.

La seconde facette des efforts budgétaires annoncés en faveur du climat est destinée à la «finance durable». La Chambre décrypte l'hypocrisie des mesures qualifiées de «finance durable» au vu de leurs objectifs de maximisation des profits, incompatibles avec la protection de l'environnement. Dans ce contexte, elle rend également attentif à l'effet pervers des divers accords commerciaux internationaux (CETA, TiSA, TTIP) mettant en évidence les failles dans les tentatives des États pour mettre fin à certaines activités destructrices de l'environnement.

Finalement, la Chambre des fonctionnaires et employés publics met en garde contre le déploiement de la 5G et de l'électromobilité en évoquant la nécessité d'appliquer le principe de précaution et de procéder à des études d'impact environnemental et social préalables, ceci également dans le cadre de chaque projet de loi et de règlement grand-ducal afin d'intégrer systématiquement les questions de santé publique et de climat dans la procédure législative et réglementaire.



Gutachten der Berufskammer der öffentlich Bediensteten zum Staatsbudgetentwurf

Gegen ein Wachstum um jeden Preis

Angesichts des anhaltenden starken Wachstums zeige sich der Staatshaushaltsentwurf für das kommende Jahr relativ vielversprechend, stellt die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) in ihrem diesbezüglichen Gutachten fest.

Mit Blick auf den Gesetzentwurf über die mehrjährige Finanzplanung 2019-2023 bekräftigt die CHFEP die Notwendigkeit, alternative Finanzierungsquellen für die verschiedenen Sozialversicherungssysteme zu prüfen. Diese sollten sich nicht mehr ausschließlich auf die Lohnkosten stützen.

In Anbetracht der für 2020 erwarteten Steuereinnahmen stellt die CHFEP fest, dass der Anteil der direkten Steuern die von natürlichen Personen getragen werden, im Vergleich zur Unternehmensbesteuerung, exponentiell ansteigt. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, fordert die CHFEP, dass die Steuertabelle wieder an die Inflation angepasst wird, Anpassung welche zuletzt 2009 erfolgt ist.

Die Berufskammer der öffentlich Bediensteten lehnt Szenarien ab, die einen Bevölkerungszuwachs auf über eine Million Einwohner bis 2060 als einzige Zukunftsperspektive für Luxemburg anpeilen. An die Regierung geht deshalb der Aufruf, die Voraussetzungen für ein qualitatives Wachstum zu schaffen, das auf einer Trennung des Renten- und Sozialschutzsystems vom Lohngefüge beruht. Ziel muss es sein, die Staatsfinanzen aufgrund einer gerechten



Verteilung der Vermögensbildung zu gestalten.

Zudem warnt die CHFEP die Dreierkoalition ausdrücklich vor möglichen negativen Auswirkungen einer Niedrig- oder sogar Negativzinspolitik. Für den Fall einer erneuten Finanzkrise, die durch riskante Praktiken der Kreditinstitute verursacht würde, sollte die Regierung Abstand von spekulativen Wirtschaftszweigen nehmen.

Angesichts des demografischen Wandels drängt sich eine Anpassung des Personalbestands beim Staat auf, lautet eine weitere Feststellung. Zudem muss die Reform des Praktikums und der Ausbildung während der „Stage“-Zeit im öffentlichen Dienst ordnungsgemäß umgesetzt werden. Außerdem müssen bei der Umsetzung der Arbeits-

zeitregelung vernünftige Lösungen gefunden werden. Dies gilt insbesondere für Verwaltungen, in denen Schichtarbeit geleistet wird.

Vor dem Hintergrund der angekündigten Steuerreform bedauert die Berufskammer der öffentlich Bediensteten, dass sich die Regierung bislang über deren mögliche finanzielle Auswirkungen in Schweigen hüllt. In ihrem Gutachten zum Staatsbudgetentwurf spricht sich die CHFEP auch für ein Umdenken bei den „Fonds d'investissement spécialisés“ (FIS) aus. Die Regelung, die es diesen Fonds erlaubt, nahezu steuerbefreit (auch in Immobilien) zu investieren, gehört abgeschafft oder zumindest angepasst.

In Bezug auf die „TVA-logement“ pocht die CHFEP darauf, die Ober-

grenze für die TVA-Rückerstattung bei den Anschaffungs- und Baukosten auf 120.000 Euro anzuheben. Dies soll für alle Bau- und Renovierungsarbeiten bei Wohnungen gelten, egal ob diese dem Eigentümer oder einem Mieter als Hauptwohnsitz dienen.

Um die Haushalte zu entlasten, besteht ebenfalls Nachholbedarf bei den Bausparverträgen. Die Verdopplung der abzugsfähigen Beiträge soll, statt wie bislang bis zum Alter von 40 Jahren, künftig bis zum Eintritt in den Ruhestand gewährt werden.

Um die Eigentümer von leerstehenden Wohnungen und nicht bebauten Grundstücken zu ermutigen diese zu verkaufen oder zu vermieten, erörtert die CHFEP ein Maßnahmenpaket. Des Weiteren sollen die Bedingungen für die Berechnung der Mietzuschüsse angepasst werden.

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2020 wurde die Bekämpfung der globalen Erderwärmung zu einer der obersten Prioritäten des Landes erklärt. Die CHFEP gelangt jedoch zu dem Schluss, dass 70% der angekündigten Investitionen zugunsten der Umwelt lediglich die Entwicklung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur betreffen. Die als „nachhaltige Finanzierung“ bezeichneten Maßnahmen erweisen sich zudem als heuchlerisch: In Anbetracht der gesteckten Ziele zur Gewinnmaximierung sind die Maßnahmen mit dem Umweltschutz nicht vereinbar.

Mitgeteilt von der Berufskammer der öffentlich Bediensteten

Gegen eine Klimapolitik um jeden Preis

CGFP widersetzt sich zusätzlichen Belastungen der Haushalte

Bei seiner jüngsten Unterredung mit der CGFP-Exekutive hatte Finanzminister Pierre Gramegna versichert, dass er bei der Ausarbeitung der Steuerreform die Sozialpartner in regelmäßigen Abständen über den Stand der Dinge informieren werde. Ziel sei es, ein Gesamtpaket zu schnüren, das für ALLE tragbar sei. Über den Inhalt dieses ehrgeizigen Vorhabens war zu dem Zeitpunkt noch herzlich wenig in Erfahrung zu bringen. Inzwischen gelangen jedoch tröpfchenweise Informationen an die Öffentlichkeit, die in sehr engem Zusammenhang mit der geplanten Steuerreform stehen.

So sollen zwischen Februar und April kommenden Jahres steigende Akzisen auf Mineralöl in Kraft treten. Die vom Staat erhobenen Verbrauchersteuern werden um drei bis fünf Cent pro Liter Diesel erhöht. Beim Benzin beträgt der Anstieg zwischen ein und drei Cent. Dieser Beschluss ist keineswegs ein einmaliger Vorgang: Bereits im vergangenen Mai hatte die Regierung die staatlichen Abgaben um zwei Cent pro Liter Diesel erhöht. Zusätzlich zu dem Preisanstieg an den Zapfsäulen steht 2021 noch die Einführung einer CO2-Abgabe bevor.

Die Bemühungen seitens der Regierung im Kampf gegen den Klimawandel sind absolut begrüßenswert. Die Anstrengungen zur Senkung des Treibhausgasausstoßes dürfen jedoch nicht ausschließlich auf dem Buckel der natürlichen Personen ausgetragen werden. Die CGFP stellt mit Bedauern fest, dass keine konkreten Maßnahmen zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit vorliegen.

Bislang hat die Dreierkoalition lediglich durchblicken lassen, dass ein Teil der CO2-Steuereinnahmen zur Finanzierung von sozialen Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden soll. Außer diesem schmalen Lippenbekenntnis bleiben die Regierungspläne diesbezüglich noch immer äußerst vage.

Die wenigen Informationen, die bislang durchgesickert sind, deuten darauf hin, dass die Steuerreform erneut zulasten der natürlichen Personen gestaltet wird. Für die CGFP ist diese Vorgehensweise überhaupt nicht nachvollziehbar, zumal bereits die vorige Steuerreform größtenteils von den Haushalten vorfinanziert wurde. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Einführung der 0,5 %-Sonderabgabe hatten damals bei den Bürgern einen erheblichen Kaufkraftverlust zur Folge. Erschwerend hinzu kommt, dass die Steuertabelle schon seit Jahren nicht mehr an die Preissteigerung angepasst wurde. Als die Regierung den Entschluss fasste, eine weitere Steuerreform in Angriff zu nehmen, hieß es aus dem Mehrheitslager, dass es keine Verlierer geben werde. Manche Haushalte könnten sogar mit einer Steigerung ihrer Kaufkraft rechnen, lautete die Botschaft.

Die Zielsetzung mag durchaus lobenswert sein. Doch angesichts der jüngsten Entwicklung hegt die CGFP zunehmend Bedenken in Bezug auf die Finanzierung dieses ambitionierten Vorhabens. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten wird sich mit aller Härte finanziellen Einschnitten bei den natürlichen Personen widersetzen.

MON PATRIMOINE

GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE

À LUXEMBOURG

☒ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES

☒ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES

☒ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES

☒ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH

☒ MON VOILIER À MONACO

Réseau européen. Siège luxembourgeois.

KBL

EUROPEAN PRIVATE BANKERS

„fonction publique“-Themenreihe

Me, myself(ie) and I...

Der zeitgenössische smarte Narziss(t) Teil II

In dem ersten Teil des Beitrags (vgl. fonction publique 263) wurde festgestellt, dass Selfies gegen das Selbstwertgefühl verstoßen, den Prozess der Individuation unterbinden, zum Teil selbst- und menschenverachtend sein können und somit Gefahr laufen, Werte und Anstand mit Füßen zu treten. In der Tat schätzt der moderne Selfie-Jäger kaum sein eigenes Selbst, sondern das von ihm konstruierte Idealbild – eine Selbstliebe, die jedwede individuelle Veränderung und Entwicklung vereitelt. So wie Ovids Narziss, auf dessen Geschichte zurückgegriffen wird, um die der Selfie-Kultur inhärente narzisstische Verhaltensweise zu veranschaulichen, einer wirklichen zwischenmenschlichen Beziehung unfähig und somit einsam bzw. ausgegrenzt bleibt, so tritt ebenfalls der moderne „Autofotograf“ auf seiner blinden Suche nach Originalität Anstand und Mitgefühl mit Füßen: Was zählt, ist die Selbstdarstellung ohne Rücksicht auf die Befindlichkeiten anderer Menschen. Doch auch dieses Selbstbildnis verdient kaum die Wertschätzung als authentisches, selbstbestimmendes Moment, verkörpert es doch letztlich nichts anderes als eine Verwirklichung gesellschaftlicher Anforderungen.

Unauthentizität durch Selbstinszenierung

Klaus Neumann-Braun behauptet in seiner Analyse, Selfies seien eigentlich „Othies“, denn letzten Endes seien die Selfie-Posen „längst standardisiert und konventionalisiert“. Man orientiere sich an jugendspezifischen und rollenförmigen Persönlichkeitstypisierungen: „Es sind normierte, kanonisierte Inszenierungen und Maskierungen der Persönlichkeit.“¹ Zu Recht darf man die Frage aufwerfen, inwieweit das vermeintlich selbst konzipierte Bild des eigenen Ichs letztlich auf Klischees und gesellschaftlichen Erwartungen gründet. Schließlich geht es ja darum, per Selfie von einer „Community“ akzeptiert zu werden. Selfies suchen Kommunikation und erhalten somit eine existentielle Tragweite. Ganz im Sinne von den Ausführungen des österreichisch-amerikanischen Kommunikationswissenschaftlers Paul Watzlawick über die menschliche Kommunikation kann ein Selfie *akzeptiert* (nennen wir es zeitgemäß „geliked“), *abgelehnt* („geunliked“) oder, im schlimmsten Fall, *entwertet* (d. h. ignoriert) werden. Feststeht, dass die drei Reaktionen zu keinem identitätsstiftenden Moment führen, denn werde ich akzeptiert, so werde ich in meiner Selbstliebe bestätigt; werde ich abgelehnt oder entwertet, gilt es, das Selbstbildnis noch präziser an die Erwartungen anzupassen.



So „abgefahren“ Selfies auch sein mögen, sie entbehren jedweder Originalität, weil sie sich den Anforderungen eines common sense oder eher common nonsense unterwerfen.

Hier zeigt sich klar und deutlich, wie der Mensch zum Opfer eines demokratischen, ja neoliberalen Pluralismus wird, der unentwegt vom Einzelnen Hyperflexibilität und Anpassung verlangt. Der „Authentizitätsstress“² durch die Suche nach Originalität entsteht durch das geforderte Bemühen, anders zu sein, wobei das Anderssein längst zu einem Gesellschaftstypus, zu einer „Allerwelts-Charaktereigenschaft“ geworden ist, die das Besondere, Andere per se neutralisiert. So schlussfolgert Neumann-Braun:

„Der Akteur lernt, wie es einem durch eine kontinuierliche Identitätsbasterei gelingt, aus dem großen Einerlei des Vielen herauszuragen. Diese Identitätsbasterei kann als eine Produkt-, Marken- oder Imagepflege verstanden werden: Der Akteur ist der Entrepreneur der eigenen Möglichkeiten, es gilt, sich auf dem Markt der globalen Aufmerksamkeit (Franck 1998) erfolgreich zu platzieren – und d. h. konkret, im Freundeskreis und erweiterten Netzwerk beliebt und akzeptiert zu werden und in anonymisierten Portalstrukturen auf hohen Rankingplätzen zu stehen.“³

Das „Unanständige“ des Selfies besteht folglich darin, dass keine Authentizität durch Selbstinszenierung entstehen kann. So „abgefahren“ Selfies auch sein mögen, sie entbehren jedweder Originalität, weil sie sich den Anforderungen eines common sense oder eher common nonsense unterwerfen. „Unanständig“ wird er vor allem dann, wenn die Unterwerfung unter die vorherrschende Norm fehlschlägt. Narziss in seinem unglücklichen, da nicht zu befriedigenden Liebestaumel bedauert: „Was ich begehre, ist bei mir. Der Reichtum hat mich arm gemacht. Könnte ich mich doch von meinem Körper lösen! Ein neuartiger Wunsch bei einem Liebenden: Ich wollte, der Gegenstand meiner Liebe wäre nicht bei mir!“⁴ Zwei fatale Konsequenzen der Selfie-Unkultur lassen sich aus diesem Hilfeschrei herauskristallisieren: Selbstliebe – ein Reichtum, der arm macht – kann zum einen zum perversierten Wunsch führen, sich von seinem Körper zu lösen.

Digitale Selbstporträts werden in der Regel qua „apps“ bis zur Vollendung retuschiert, so dass es zu einer erschreckenden Diskrepanz zwischen dem Blick in den Badezimmerspiegel und dem Selbstporträt kommen kann und der reale Körper in seiner Mangelhaftigkeit verworfen wird. Psychologische Studien sprechen von „Snapchat-Dysmorphie“, d. h. die Selfie-Fotografen leiden unter einem dysmorphen Körperbild, unter der psychischen Erkrankung, die als körperdysmorphie Störung oder Dysmorphophobie Einzug in die Fachliteratur gefunden hat.⁵ Zum anderen führt die Liebesbeziehung zur Sehnsucht nach Trennung, zum erneut perversierten Wunsch, sich des geliebten Objekts zu entledigen, was der Suche nach krankmachender, pathogener Isolierung gleichkommt.

Der Teufelskreis der Selbstobjektivierung und Selbstreferenzialität

Diese Isolierung findet ihren Ursprung zunächst in der Tatsache, dass das Ich des Selbstverliebten um das eigene Ich kreist: Das Subjekt wird zum Objekt und vice versa: „Und alles bewundert er, was ihn selbst bewundernswert macht. Nichts ahnend begehrt er sich selbst, empfindet und erregt Wohlgefallen, wirbt und wird umworben, entzündet Liebesglut und wird zugleich von ihr verzehrt.“ (OM 153, H. v. m.), bemerkt Ovid. Dynamik in einer gesunden zwischenmenschlichen Beziehung entsteht durch das Zusammen- und Gegenspiel von Aktion und Reaktion, Aktivität und Passivität, Subjektivierung und Objektivierung: Das Ich muss vom Anderen objektiviert werden, um überhaupt wahrgenommen und seines Daseins vergewissert zu werden. Wenn etwas „bewundernswert“, d. h. wert ist, bewundert zu werden, so erfordert dies einen Außenstehenden, einen „Bewunderer“. Narziss aber bezieht sich auf sich selbst, ist Bewundernder und Bewunderter, Subjekt und Objekt zugleich, so dass er auf sich selbst zurückgeworfen wird, wie das eigene Ich vom Spiegelbild lediglich reflektiert wird. Umworben zu werden, schmeichelt und beglückt, bedarf aber eines Anderen, um die Gefahr einer Isolationshaft im eigenen Ego zu bannen.

Scheint das Selfie vordergründig auf Kommunikation, vor allem durch Akzeptanz, wie oben erwähnt, abzielen, so verdient diese Art von Kommunikation aber kaum diese Bezeichnung, da sie letztlich nichts anderes tut, als das entworfene Bild durch Bestätigung zurückzuwerfen. Ein wirklicher Diskurs im Sinne eines verbalen Wechselspiels von Aktion und Reaktion kommt keineswegs zustande, wie auch der gordische Knoten der narzisstischen Ichverliebtheit zeigt; seinem Spiegelbild wirft Narziss vor:

„Du versprichst mir mit freundlichem Gesicht etwas Hoffnungsvolles; strecke ich die Arme nach dir aus, streckst auch du sie mir freiwillig entgegen. Lächle ich, lächelst du mir zu; auch Tränen habe ich oft bei dir beobachtet, während ich weinte. Durch Nicken erwidert du meine Zeichen, und soweit ich aus der Bewegung deines schönen Mundes schließen kann, antwortest du mir auch mit Worten, die nicht an mein Ohr dringen.“ (OM 155ff.)

Mit seinem Spiegelbild erlebt Narziss eine ähnliche hoffnungslose Liebelei wie zu Beginn mit der schönen Echo, „d[er] stimmbegabte[n] Nympe, die nie eine Antwort schuldig bleibt und nie als erste sprechen kann“ (OM 149):

„Ist jemand hier?“, und „hier“ hatte Echo erwidert. Er staunt, läßt den Blick überallhin schweifen und ruft mit lauter Stimme: „Komm!“ Sie ruft ihn, wie er sie ruft. Er blickt zurück und spricht, da wieder niemand kommt: „Was fliehst du vor mir?“ Und ebenso viele Worte, wie er gesprochen hatte, erhielt er zurück. Er beharrt; getäuscht durch den Widerhall der antwortenden Stimme“. (OM 151, H. v. m.)

Beide Passagen illustrieren die Vergeblichkeit einer solchen Schein-Kommunikation, die nur darin besteht, (im Fall des Selfies bildliche) Äußerungen zu reproduzieren. Ein „gepostetes“ Selfie wird des Öfteren mit einem „Gegenselfie“, Egozentrik mit Egozentrik beantwortet, so dass kein gewinnbringender Austausch stattfindet. Selfie-Abhängige sehen und hören lediglich sich selbst, beziehen alles auf sich selbst, so dass der Kreis des eigenen Ichs, das Zentrum des Egos nicht mehr verlassen werden kann – ein Teufelskreis, in dem jede Aktion letztlich wieder zum Ausgangspunkt zurückkehrt. Wenn Narziss über seine Wesenlosigkeit („kein eigenes Wesen“, OM 154) klagt: „Mit dir kam es, mit dir bleibt es, mit dir wird es fortgehen“ (ebd.), gesteht er sich die Ausweglosigkeit seiner Situation ein. Er selbst ist ihr Ursprung und er wird sich weder in der Gegenwart noch in der Zukunft davon befreien können. Der Wunsch nach Befreiung – „Wenn du nur fortgehen könntest!“ (ebd.) – kommt meistens zu spät, man ist von sich selbst abhängig. Auf diesen Freiheitswunsch folgt – so wenigstens bei Narziss – eine Art Selbsterkenntnis: „Ich bin es selbst! Ich habe es begriffen, und mein Bild täuscht mich nicht mehr. Liebe zu mir selbst verbrennt mich, ich selbst entzündete die Liebesflammen, die ich erleide.“ (OM 157, H. v. m.) Wie ein tragischer Held im Augenblick der Anagnorisis wird sich Narziss seines Fehlers oder Fehlverhaltens bewusst, doch zu spät, da sein Untergang durch die allmähliche Zerstörung seines Bil-

Slo-mo dein Selfie.



Werbung für das neue iPhone auf apple.com: Slofies sollen sich gegen die Selfies durchsetzen.



Durch bloßes Sehen bzw. Schauen kann der Mensch seine Illusionen aufrechterhalten, und zwar auf Kosten eines unmittelbar gelebten Lebens. Das Selfie-Porträt stellt nichts anderes dar als eine Ersatzhandlung für nicht wahrge-wordene Wünsche.

des eingeläutet wird. Tiresias Worte bewahrheiten sich: Ein langes Leben ist Narziss nur dann gegönnt, wenn er sich selbst nicht erkennt.

Die Verurteilung zum Voyeurismus und der zwangsläufige Untergang

Wenn Wünsche in der Realität nicht mehr erfüllt werden können, wenn sich wirkliches Leben, Erleben und Erfahren als unmöglich erweisen, bleibt nur noch die Kompensation durch das Bild, das „Idol“. Durch eine Träne, die ins Wasser träufelt, wird das Spiegelbild verzerrt: „Als er [d. i. Narziss] sah, daß das Bild verschwand, schrie er: ‚Wohin fliehst du? Bleib und laß mich, du Grausamer, in meiner Liebe nicht allein! Laß mich, was ich schon nicht berühren darf, wenigstens anschauen und so dem unglückseligen Wahn Nahrung geben!‘“ (OM 157, H. v. m.) Die Bewusstwerdung, dass reine Selbstliebe in eine Sackgasse führt, ruft das erbärmliche Flehen hervor, sich doch wenigstens auf ein Schauen begrenzen zu dürfen. Durch bloßes Sehen bzw. Schauen kann der Mensch seine Illusionen aufrechterhalten, und zwar auf Kosten eines unmittelbar gelebten Lebens. Das Selfie-Porträt mitsamt seiner korrupten, verzerrten Kommunikation stellt nichts anderes dar als eine Ersatzhandlung für nicht wahrgewordene Wünsche. Selfies stellen somit eine Art Voyeurismus gegenüber sich selbst dar. Norbert Elias erkennt in der modernen Überlegenheit des Sehvermögens das Resultat des Zivilisationsprozesses; ihm zufolge wird das Auge zum „Vermittler von Lust, gerade weil die unmittelbaren Befriedigungen des Lustverlangens in der zivilisierten Gesellschaft durch eine Vielzahl von Verboten und Schranken eingengt sind.“⁶ Auch Selfies verkörpern *in fine* die virtuelle Befriedigung nicht wirklich gelebter, verpasster Momente oder die digitale Wiedergutmachung emp-

fundener Mängel: Der Wunsch nach einem authentischen, aufregenden, originellen Leben, der Wunsch nach einer außergewöhnlichen Persönlichkeit, der Wunsch nach einem perfekten Aussehen scheinen sich – komprimiert, konzentriert und retuschiert – im Selfie zu verwirklichen.

Dass eine solche verzweifelte Haltung Gefahren in sich birgt, zeigt die Wirklichkeit: *Die Welt* berichtet, wie eine 35-jährige Deutsche in Sri Lanka an einer mehr als tausend Meter hohen Klippe, die „World’s End“ (sic!) genannt werde, in den Tod gestürzt sei, weil sie ein Selfie habe machen wollen. Dem-selben Bericht zufolge gab es weltweit zwischen Oktober 2011 und November 2017 259 Todesfälle, die durch waghalsige Selfies verursacht worden seien.⁷ Auch Narziss geht letzten Endes an seiner Selbstliebe zugrunde: „Während er ins vertraute Wasser blickte, waren seine letzten Worte: ‚Ach, vergeblich, geliebter Knabe!‘“ (OM 159, H. v. m.) Sein Leben war vergeblich, weil es jedweder Authentizität entbehrte. Die übertriebene Selbstbezogenheit endet letztlich auf tragische Weise – im Sinne von unabwendbar – im psychischen oder physischen Desaster. Somit spricht die Bereitschaft, sein Leben für Selfies aufs Spiel zu setzen, Bände: Das tote, statische Bild ist wertvoller geworden als der gelebte Augenblick. Die bildlich festgehaltene Erinnerung wird als intensiver und beglückender empfunden als die „Direktübertragung“ des Lebens. Während Paparazzi auf ihrer Jagd nach dem außerordentlichen, „sensationellen“ Bild Prinzessin Diana in den Tod trieben, sorgen „selbstreferenzielle Paparazzi“⁸ auf ihrer verzweifelten Suche nach der perfekten Selbstdarstellung für ihren eigenen Untergang.

Zum Glück hat die Firma Apple wie jedes Jahr ein neues iPhone mit drei Linsen konzipiert, das nun definitiv dem Selfie den Rücken kehrt, um dem „Slofie“ das Feld zu überlassen: „Das neue Slofie [„slow motion“, C. H.]. Alles sieht beeindruckender aus in 120 fps – selbst wenn du nur lächelst, winkst oder dein Haar im Wind weht. Und jetzt kannst du mit der neuen 12 Megapixel TrueDepth Kamera mehr von allem in deine Selfies packen. Dreh dein iPhone ins Querformat und die Kamera zoomt automatisch aus, damit mehr aufs Bild passt.“⁹ – Endlich kommt etwas Bewegung ins Spiel!

Claude Heiser



(Quelle: welt.de)

Der Wunsch nach einem authentischen, aufregenden, originellen Leben, der Wunsch nach einer außergewöhnlichen Persönlichkeit, der Wunsch nach einem perfekten Aussehen scheinen sich – komprimiert, konzentriert und retuschiert – im Selfie zu verwirklichen... und koste es das Leben.

¹ Klaus Neumann-Braun: Selfies. Oder : kein fotografisches Selbst-porträt ohne den Anderen, in: Fotografie und Gesellschaft. Phä-nomenologische und wissenssozio-logische Perspektiven. Bielefeld, S. 343-348. Vgl. auch <https://edoc.unibas.ch/57672/>, zuletzt eingese-hen am 26.12.2019.

² Madlen Schäfer: Das verraten Selfies über Sie, in: Techbook (24.9.2018). Vgl. auch <https://www.techbook.de/mobile/selfie-bedeutung>, zuletzt eingesehen am 26.12.2019.

³ Neumann-Braun: Selfies. Vgl. auch Georg Franck: Ökonomie der Auf-merksamkeit, München 1998. H. v. m.

⁴ P. Ovidius Naso: Narcissus und Echo, in: Ders.: Metamorphosen. Lateinisch / Deutsch. Übersetzt und herausgegeben von Michael von Albrecht, Stuttgart 1994 (= rub 1360), III. Buch, S. 157, H. v. m. Im

Folgenden zitiert durch die Sigle (OM Seitenzahl).

⁵ Vgl. <https://psylex.de/stoerung/angst/dysmorphophobie/snap-chat-dysmorphie.html#1>, zuletzt eingesehen am 26.12.2019.

⁶ Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchun-gen, 2 Bde., Bd. 1, Frankfurt a. M. 1976 (= stw 158/159), S. 281.

⁷ Vgl. Nick Kaiser: Wenn die Sucht nach Selfies tödlich endet, in : *Die Welt* (8.1.2019). Vgl. auch <https://www.welt.de/reise/Fern/article186675730/Gefaehrliche-Posen-Wenn-die-Sucht-nach-Selfies-toedlich-endet.html>, zuletzt eingesehen am 26.12.2019.

⁸ Urs Bühler: Generation Selbstaus-löser, in: *NZZ* (26.3.2014). H. v. m.

⁹ <https://www.apple.com/de/iphone-11/>, zuletzt eingesehen am 26.12.2019.



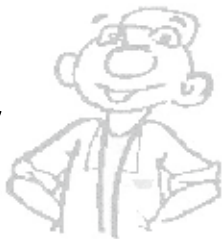
Selfie-Abhängige sehen und hören lediglich sich selbst, beziehen alles auf sich selbst, so dass der Kreis des eigenen Ichs, das Zentrum des Egos nicht mehr verlassen werden kann.

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

AWIETOR
VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87
e-mail : wietor@internet.lu



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Werden Sie noch heute Mitglied!

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Demande d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Vos projets
ont de l'avenir

Charlotte,
future
présidente d'association

Louis,
futur
artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change

bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014



Roboter, Computer, künstliche Intelligenz: ein baldiges Aus für unsere Arbeitsplätze?

Gibt es einen Grund zur Panik, oder sollte es vielmehr „Keep cool“ heißen? Sind die Sozialpläne, die sich im Banken- und Finanzsektor häufen, nur einem mangelhaften Management geschuldet, oder ist es bereits die Wirkung der aggressiven, disruptiven Fintech-Start-ups mit ihren leistungsfähigen Algorithmen und den angekündigten „Kredit-Robotern“? Wird die anhaltende Digitalisierung unserer Arbeitsabläufe auf Dauer nirgendwo mehr Halt machen? Und werden die wachstumssüchtigen Rationalisierer es am Ende gar schaffen, mit den Instrumenten der künstlichen Intelligenz selbst die Hochqualifizierten um Lohn und Brot zu bringen?

Beunruhigende Fragen? Die Antworten in der Presse und in politischen Sonntagsreden reichen von den düstersten Katastrophenszenarien bis hin zu den optimistischsten Beschwichtigungen. Oft aber liegen die populären Amateur-Propheten beider Ausrichtungen eindeutig daneben, weil sie uns nicht erklären, was zu tun ist. Ausgewiesene Experten der Materie liefern ein differenziertes Bild und zeigen viele Maßnahmen auf, mit denen sich die anstehenden Herausforderungen meistern lassen, wirtschaftlich-rationell und sozial verträglich.

Es lohnt sich jedenfalls, einige Momente bei diesem Thema zu verweilen, zumal die offensichtliche Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und des damit einhergehenden demografischen und gesellschaftlichen Wandels so manche Zukunftssängste auslöst. Vor allem verlangen die Bedrohungen der Digitalisierung ein weitsichtiges und ein resolutes politisches Handeln, wenn man den drohenden Abgründen ausweichen will und die vielversprechenden Chancen nutzen möchte, die sich unserem Land in dieser Umbruchsperiode bieten.

In Zeiten vierteljährlicher Wahlprognosen und ständiger Popularitätsumfragen ist es für die Politik schwer, die mittel- und längerfristigen Zukunftsperspektiven von Land und Leuten zu thematisieren, denn Rifkin war ja nur ein Strohfeuer. Und nun geht Rifkins Dialogpartner Etienne Schneider von Bord. So mancher normale Bürger aber ist durch die immer schnellere Digitalisierung stark verunsichert. Diese Angst bezieht sich sowohl auf den eigenen beruflichen Alltag (wenn man noch einige Jahrzehnte im Arbeitsprozess sein muss), als auch auf die Perspektiven der Kinder, Enkelkinder sowie Nichten und Neffen.

Es ist schon klar, dass in der gesamten Arbeitswelt gewaltige Veränderungen ins Haus stehen. Aber es ist genau so eindeutig, dass diese sich

erst graduell einstellen werden, und dass sie deswegen durchaus steuerbar sind, wenn man die Gefahr rechtzeitig erkennt, den Willen zum Eingreifen besitzt und die Mittel dafür aufbringen kann. Andernfalls aber stehen durchaus beängstigende Zeiten bevor.

Die digitale Revolution wird mancherlei schwere Verwerfungen bringen. Eine Katastrophe lässt sich allerdings vermeiden, wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure sich dessen bewusst sind und mit Festigkeit proaktiv auftreten, indem sie rechtzeitig, klug und mit entsprechendem sozialem und finanziellem Aufwand handeln. Länder, die jedoch beispielsweise wegen politischer Zerstrittenheit oder/und verlotterten Staatsfinanzen die erforderlichen Anstrengungen nicht schultern können, werden wohl schnell

und dauerhaft in ein soziales Chaos geraten.

Dabei geht es nicht nur um den Bestand an Arbeitsplätzen und um Arbeitslosigkeit, sondern auch um den gelebten Alltag der meisten Berufe und dessen nachhaltige Veränderung. Die Probleme reichen von den immer zahlreicheren prekären Beschäftigungsverhältnissen (wie etwa kurzzeitige Arbeitsverträge, Mindestlohnjobs und Scheinselbstständigkeit) bis hin zum generell zunehmenden Leistungsdruck, oft unerträglichen Anforderungen und beruflichem Stress (24-Stunden-Erreichbarkeit für den Arbeitgeber, maßlos übertriebene Überstunden, etc.), was sich auf die Gesundheit, das Familienleben und somit auf die gesamte Gesellschaft auswirkt.

Eine neue Welt

Beamte, die auf Lebenszeit nicht um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, merken dennoch sehr wohl, vor allem wenn sie über einen längeren Zeitraum zurückblicken, wie tief greifend die technischen aber auch die regulatorischen Neuerungen alle Jobs im positiven wie im negativen Sinne verändern.

Für viele von uns ist dies kein unerträgliches Problem, weil dabei auch viele lästige Routinearbeiten maschinell erledigt werden können, und somit mehr Raum für interessantere Aufgaben geschaffen wird. Andere Kollegen aber tun sich, angesichts der gleichen Entwicklung, sehr schwer mit all den Bildschirmen und Tastaturen, samt ihren Mailboxen, Passwörtern und häufigen Softwareaktualisierungen, denen man sich ständig anzupassen und unterzuordnen hat, und die den Rhythmus des Berufsalltags diktieren.

Mit der Digitalisierung ist es wie mit dem Buchstabieren und dem Einmaleins: Aller Anfang ist schwer; und auch wenn man sich einmal durchgebissen hat, muss man weiterhin in Übung bleiben. Wer sich die Grundelemente dieses Computer-(un)wesens nicht fundamental zu Eigen gemacht hat, riskiert ewig hinterherzuhinken. In der heutigen und morgigen Arbeitswelt kann dies schnell fatal werden.

Allein die kurze Beschreibung dieser Ausgangslage zeigt bereits, wo es künftig hingehen wird. Ob man diese Veränderungen jetzt Fortschritt nennt

oder nicht, sie schreiten seit Langem ständig voran und werden nicht aufzuhalten sein. Darauf muss jeder sich einstellen. Unsere Nachkommen müssen sich von Beginn an ordentlich darauf vorbereiten.

Um heute abzuschätzen, wo wir in zehn Jahren stehen werden, genügt es zurückzublicken, wo wir uns vor 15 Jahren befanden. Die Richtung wird sich nicht dramatisch verändern, der Rhythmus der Entwicklung beschleunigt sich allerdings. Und deswegen wird unsere Welt in 20, 30, 40 Jahren völlig anders aussehen, im Beruf wie auch in der Freizeit und im Privatleben.

Die industrielle Produktion auf dem Mond oder im Orbit braucht uns nicht aufzuregen. Anders aber ist es schon mit der Manipulation von öffentlicher Meinung und von Wahlergebnissen durch hinterhältige „Fake-News“-Produzenten, gegen die wir schnell eine schlagfertige nationale und internationale Cyberpolizei benötigen.

Vor allem aber werden wir bald im Alltag mit dem Hereinbrechen des Internets der Dinge, dem papierfreien Büro oder dem fahrerlosen Auto konfrontiert. Staat und Gesellschaft sind hier klar gefordert, wenn wir Herr der Lage bleiben wollen, und die Weltherrschaft an die GAFAs, Google, Apple, Facebook, Amazon und Cie nicht abtreten wollen.

Wird der Mensch überflüssig?

Doch der Tag, an dem der Kollege Computer mit Big Data im Hintergrund alles erledigen kann, ist durchaus nicht abzusehen. Und dies wird auch mit hoher Wahrscheinlichkeit nie kommen, obschon die Maschinen bereits beginnen, per „künstlicher Intelligenz“ sich selbst zu programmieren, zu reparieren, ihre Möglichkeiten zu erweitern und manche ihrer Schwächen und Defizite aufzuheben.

Das Ende der menschlichen Arbeit? Nein! Vor Jahrhunderten hat die maschinelle Industrialisierung die körperliche Arbeit nicht abgeschafft; sie hat zum einen dramatische Veränderungen verursacht und extreme soziale Probleme geschaffen, zum anderen aber auch wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht.

Fortsetzung siehe Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Vor 150 Jahren wäre kein Fortschritt möglich gewesen, hätte die Industrie nicht nach und nach die Landwirtschaft als wichtigsten Arbeitgeber verdrängen können, bevor sie vom Dienstleistungssektor abgelöst wurde. Genau so normal ist es, dass in den kommenden Jahrzehnten die fortschreitende Digitalisierung schrittweise Millionen heutiger Arbeitsplätze vernichten und ganze Berufsbilder zerstören wird, gleichzeitig aber auch mit Millionen neuer Jobs viele neue Chancen und Möglichkeiten schaffen kann.

Dabei wird es ohne Zweifel soziale Verlierer sowie wirtschaftliche Gewinner geben. Langfristig wird durch diesen Prozess wohl generell weniger Arbeitskraft gebraucht werden, und daher wird sich tendenziell die menschliche Arbeitszeit verkürzen, in der Woche, im Jahr, im Laufe eines Berufslebens. Und genau das entspricht ja auch einem Drang der nachwachsenden Generationen, die angeblich im Allgemeinen zugunsten von mehr Freizeit auf mehr Lohn verzichten wollen.

Seit Jahren gibt es nicht nur bei uns, sondern auch europaweit einen Mangel an Ärzten, Ingenieuren, Lehrern, Polizisten, Technikern und Handwerkern. Trotz aller Computer und Roboter wird das wohl auf Jahrzehnte noch so bleiben. Ein akuter Mangel an vielfachen Talenten verbleibt nicht zuletzt, weil auf dem Arbeitsmarkt das Angebot und die Nachfrage stark auseinanderklaffen, was die Profile und die Kompetenzen der Arbeitssuchenden einerseits und die Anforderungen ihrer potenziellen Arbeitgeber andererseits angeht. Permanente Weiterbildungen und Umschulungen bleiben erforderlich, genau wie neue schulische Angebote und eine verlängerte Studiendauer.

Den Exzessen Halt gebieten!

Die massiven und umfassenden Veränderungen werden langfristig anhalten, doch kommen sie glücklicherweise nicht plötzlich, sondern nur graduell, so dass es möglich sein wird, sich anzupassen, wenn man die erforderlichen Anstrengungen unternimmt. Angesichts des anstehenden Umbruchs aber müssen Gewerkschaften und Politik unbedingt durchsetzen, dass dem drohenden kapitalistischen Wildwuchs wirksam Halt geboten wird.

Die Digitalisierung beruht primär auf hohen Investitionen, die finanziert werden müssen. Das Gebot der Rentabilität wird die Raffgier der Rationalisierer anfachen, so dass Sozialabbau und Prekarisierung ständig angesagt sind. Das Paradebeispiel ist hier die ominöse „Überisierung“ (benannt nach der Internetplattform „Uber“), das Ersetzen der traditionellen Taxifahrer durch ein Heer von Scheinselbstständigen ohne Sozialversicherungen. Pures Sozialdumping!

Derartige Exzesse sind vom Gesetzgeber zu unterbinden. Die gleiche soziale Wachsamkeit ist erforderlich angesichts vieler Veränderungen, die nach und nach den Arbeitsalltag bedrohen. So darf der Arbeitgeber kein primäres Recht dazu erhalten, nach Dienstschluss seine Mitarbeiter auf elektronischem Wege ständig zu erreichen.

Und auch die erhöhte Mobilität vieler Arbeitsplätze kann von einer interessanten neuen Flexibilität (man kann den Job vielleicht zuhause erledigen, ohne sich täglich dem immer gigantischen Verkehrsstau auszusetzen) zu einer argen Gefahr werden, wenn sich das Primat der Rentabilität ungehindert durchsetzt. Die Gewerkschaftswelt hat bereits erkannt, dass der digitale Wandel sie vor neue Verantwortungen stellt.



Der Kollege Roboter hilft den akuten Mangel an Fachkräften zu beheben. In Contern werden jährlich mehr als 10.000 japanische FANUC-Roboter aufgerüstet, an die jeweiligen genauen Kundenwünsche angepasst und dann europaweit ausgeliefert.

In Wirtschaft und Verwaltung wird man versuchen, die Produktivität der einzelnen Mitarbeiter laufend höherzuschrauben durch massive Investitionen in immer leistungsfähigere Hilfsmittel, die das Personal beruflich nutzen kann und überwachen muss.

Maschinelle Konkurrenz

Zum Einsatz kommen dabei ständig mehr Roboter, durch Sensoren gesteuerte Maschinen und Anlagen. Diese stützen sich auf leistungsfähige Rechenzentren mit hohen Speicherkapazitäten und spektakulären Kommunikationsmöglichkeiten. Außerdem treten autonome Transport- und Verkehrsmittel, nebst mobilen Gadgets und Überwachungsinstrumenten aller Art in Erscheinung. Und deswegen werden für die gleiche Produktion mit der Zeit immer weniger Menschen gebraucht.

Zur Wartung, Überwachung und Weiterentwicklung der ganzen digitalen Maschinerie aber entstehen gleichzeitig viele sehr anspruchsvolle Jobs, die eine höhere und eine sich ständig anpassende Ausbildung voraussetzen. Deswegen bleibt ein permanenter Drang zu einer besseren Schulbildung und zu einer fortlaufenden beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten.

Weil dieser Prozess aber, wie schon betont, graduell stattfindet – und dies ist eine Gewissheit – braucht es durchaus keine plötzlich ansteigende oder anhaltende Arbeitslosigkeit zu geben. Denn weltweit wird die Nachfrage für zusätzliche und neue Waren und Dienstleistungen ständig weiterwachsen, die ununterbrochen weitere Arbeitsplätze schafft, obschon gleichzeitig viele Berufsbilder und Beschäftigungsarten verschwinden, weil sie obsolet werden.

Mit der steigenden Produktivität könnte die daraus resultierende erhöhte Produktion rasch zu empfindlichen Absatzproblemen führen, wenn die Nachfrage nicht dementsprechend mithalten könnte. Doch genau dies wird sie voraussichtlich schaffen, dank der steigenden Löhne in den meisten Industriestaaten und vor allem wegen einer schnell wachsenden Kaufkraft der Mittelschichten in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern.

Gesteigerte Rivalitäten

Dass die weltweit expandierende Nachfrage so das globale System aufrechterhalten kann, gilt allerdings nur bei genereller Betrachtung, denn konjunkturelle, sektorielle, nationale und lokale Schwierigkeiten sind nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich. Dabei wird es nicht an geopolitischen Spannungen, an Protektionismus und Handelskriegen fehlen, weil in dem anstehenden gigantischen Umbruch kein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Staaten und Kontinenten sicherzustellen ist.

Auch in Europa werden sich wohl ständig politische Spannungen und punktuelle soziale Unruhen einstellen. Ganz einfach, weil es extrem viele „Loser“ und „Winner“ geben wird. Das ist dadurch bedingt, dass es innerhalb Europas weiterhin erhebliche Entwicklungsunterschiede gibt. Und für unsere nationale Gesellschaft gilt Ähnliches: Jene, die sich heute „mit dem Computer schwertun“, sind die funktionalen Analphabeten von morgen.

Steckt man in einem Beruf, der bald überflüssig sein wird, kann man sich nicht unbedingt darüber freuen, dass die vierte industrielle Revolution (oder wie auch immer man sie nennen mag)

der Menschheit insgesamt einen enormen wirtschaftlichen Schub und daher auch generell einen großen sozialen Fortschritt bescheren wird.

Der anhaltende Druck für eine immer höhere Produktivität der Unternehmen, die einer globalen Konkurrenz ausgesetzt sind, lässt das Arbeitsleben zunehmend anspruchsvoller werden. Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten fordern somit ihren Tribut. Wer hier nicht mithalten kann, droht unter die Räder zu kommen.

Bei der eingeforderten Tüchtigkeit geht es nicht nur um Intelligenz, sondern um viele andere Voraussetzungen, wie Verlässlichkeit, Aufmerksamkeit, Belastbarkeit, Pünktlichkeit, Ausdauer, die generelle Fähigkeit mit den Mitmenschen zurechtzukommen, die Bereitschaft wichtige Anweisungen zu verstehen und zu befolgen. Befähigungen, welche die Schule kaum vermitteln kann, wenn das Elternhaus versagt. Wem ursprünglich nicht beigebracht wurde, ordentlich zu sein und sich zu benehmen, dem ist ein solches Verhalten später kaum noch beizubringen.

Viele Verlierer

Menschen, die eine Routinearbeit leisten, sind am leichtesten durch Roboter und Computer zu ersetzen. Hier sind Jobs in Gefahr. Vor allem aber wird die Digitalisierung das Gefälle zwischen niedrigen und guten Löhnen weiter auseinanderklaffen lassen. Denn wer keine besonderen oder nur wenige berufliche Kompetenzen besitzt und deswegen leicht maschinell austauschbar ist, wird früher oder später mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit radikal umlernen müssen.

Das eigentliche Problem besteht jedoch darin, dass wenig qualifizierte Menschen extrem schwer auszubilden sind. Für alle Arbeitnehmer müsste es jedenfalls künftig ein Anrecht auf berufliche Weiterbildung geben, wenn man einen sozialen Abstieg über die langen Arbeitsjahre hinweg verhindern will.

Die fortschreitende Digitalisierung steigert vor allem die berufliche Produktivität der Ausgebildeten. Deren Wirksamkeit wird durch die neuen Algorithmen und Instrumente noch verbessert. Die Leistung der ungelerten Arbeitskräfte stagniert und entwertet sich somit. Sie werden dadurch am schnellsten entbehrlich.

Mit Blick in die Zukunft stellt sich nicht bloß die Frage, welche Berufe wann aussterben werden, und welche Wirtschaftszweige aus derzeitiger Sicht die besten Karrierechancen liefern. Es stehen vor allem enorme soziale Verschiebungen im Raum, die rechtzeitig erkannt werden müssen, wenn hier nicht schwere und dauerhafte soziale Schäden entstehen sollen.

Von hoher Bedeutung ist dabei nicht nur die schulische und berufliche Ausbildung, sondern auch die gezielte Erziehung zum sinnvollen Umgang mit den digitalen Tools – auch im Privatbereich. Dies gilt natürlich insbesondere für die Nutzung der sogenannten „sozialen Medien“ samt all ihrer offensichtlichen Fallstricke. Ohne eine minimale „digitale Kompetenz“ riskiert der Einzelne mit seiner Familie auf Dauer auch in gesellschaftlicher Hinsicht ausgegrenzt zu werden.

Eine neue „soziale Frage“

Der amerikanische Zukunftsphilosoph und Sozialtheoretiker Jeremy Rifkin hat lange bevor er in Luxemburg seine Theorien verbreitete, klar hervorgehoben, dass im Laufe der Jahre immer mehr Mitbürger in den ständig stressigeren Produktionsprozessen der

Angesichts der fortschreitenden „digitalen Revolution“ geht es nicht nur um die heikle Frage, wann und wo, welche Berufe verschwinden werden und durch was sie ersetzt werden, sondern vor allem um die offensichtliche Perspektive, dass sich praktisch alle unsere Jobs graduell grundlegend verändern. Gleiches gilt auch für unser Privatleben und für die gesamte Gesellschaft. Diese Entwicklung sorgt für verständliche Ängste und erfordert wirksame staatliche Leitplanken. Die von der Digitalisierung geblendeten Politiker übersehen derzeit noch diese Schattenseiten.

Privatwirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen nicht rentabel beschäftigt werden können. Der Staat muss demnach „nolens volens“ diesbezüglich Vorsorge treffen, wenn er keine massive Verelendung mit entsprechenden gesellschaftlichen Konsequenzen auf breiter Front zulassen oder schaffen will.

Rifkins Erkenntnisse und die Tatsache, dass er den Mut aufbrachte, sie zu thematisieren, ist einer der Gründe, warum er in der kapitalistisch orientierten US-Gesellschaft und der dortigen turboliberalen Politik weniger Anklang findet als in Europa.

Für Rifkin ist es klar erforderlich, dass die Ausgaben, die in dieser Hinsicht so oder so auf die Öffentlichkeit zukommen, steuerlich zu finanzieren sind. Die digitale, superproduktive Welt setzt somit eine ganz neue Sozialpolitik voraus, wenn unsere Gesellschaft nicht aus den Fugen geraten soll. Haben Sie das in Luxemburg schon in politischen Sonntagsreden gehört oder in Parteiprogrammen gelesen? Unsere Politik schafft es nicht, längerfristig vorausszuschauen.

Gott sei Dank hat man im Laufe der Jahre, zumindest in Teilen Europas, verstanden, dass für viele Menschen mit physischer oder geistiger Behinderung sogenannte betreute Arbeitsplätze angeboten werden müssen oder zumindest bestimmte soziale Begleitmaßnahmen erforderlich sind. Und dass die entsprechenden Anstrengungen von der Allgemeinheit finanziert werden müssen.

Herausforderung für Staat und Gemeinschaft

Des Weiteren muss man sich künftig darauf einstellen, dass neben physisch und geistig Behinderten im konventionellen Sinne auf Dauer eine neue Gruppe von schwer vermittelbaren Personen auf Unterstützung angewiesen sind. Diese Menschen finden sich kaum oder sehr ungenügend mit den ständigen Produktivitätssteigerungen und neuen digitalen Anforderungen zurecht.

Die Privatwirtschaft glaubt, sie nicht rentabel einsetzen zu können, so dass sie für die normalen Jobs, also auf dem sogenannten „ersten Arbeitsmarkt“, chancenlos sind. Auf Dauer riskieren sie deswegen, in eine berufliche Belanglosigkeit abzugleiten, in prekäre Beschäftigungen mit Mindestlohn und zeitlicher Begrenzung zu landen und ständig von Arbeitslosigkeit bedroht zu bleiben.

Dies betrifft nicht nur jene Menschen, die den digitalen Zug verpasst haben, sondern auch viele Durchschnittsbürger, die – aus welchen Gründen auch

immer – den brutalen Stresssituationen des teuflischen Leistungsdrucks der modernen Arbeitswelt geistig sowie physisch nicht dauerhaft gewachsen sind.

Die Probleme treten eventuell sogar erst nach jahrelangem beruflichem Erfolg ein, wie dies etwa beim Burn-out der Fall ist. Auch familiäre Probleme, Beziehungsdramen oder ein vorübergehendes Abgleiten in Alkohol- und Drogensucht können Schwierigkeiten bereiten. Dies alles ist gewiss nichts Neues. Durch die neue rigorose ökonomische Leistungskultur treten diese Probleme verstärkt auf.

Unter dem Druck des stets leistungsfähigeren, produktivitätsgetriebenen und global wettbewerbsfähigen Privatsektors muss deshalb ein neuer geschützter Sektor (secteur protégé) entstehen, der sich nicht einfach der kurzfristigen Profitmaximierung beugen muss, sondern dauerhafter und menschlicher denken kann. Hier müssen, trotz moderater Produktivität, dennoch dezent, den steigenden Lebenskosten angepasste Löhne gezahlt werden, wobei die dabei entstehenden Sozialkosten von der Allgemeinheit mitgetragen werden. Eine stärkere Besteuerung aller hochverdienenden Leistungsstarken drängt sich demnach auf.

Dies erfordert eine moderate fiskalische Umverteilung von oben nach unten, wie Europa sie nach jahrzehntelanger europäischer Tradition bereits prinzipiell kennt, nur eben jetzt noch auf einem neuen zusätzlichen Gebiet. Die breiten, starken Schultern werden das meistern können, dank der enormen Steigerung der hoch digitalisierten Produktivität, die im Laufe der Jahre immer stärker zum Tragen kommen wird.

Auch eine große neue Nachfrage

Wir wissen, dass in der derzeitigen Gesellschaft – neben dem offensichtlichen Bedarf an modernen, mobilen,

interaktiven, virtuellen Gerätschaften und sonstigem digitalen Klimbim – auch eine wachsende Nachfrage nach Alternativen, nach mehr gemeinsamen Diensten und Einrichtungen besteht. Viele Menschen legen Wert auf Nachhaltigkeit, Authentizität und Gesundheit. Sie wünschen sich weniger Hektik und mehr Menschlichkeit. Vieles in diesem Bereich wurde bereits in der jüngeren Vergangenheit durch ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement angeschoben, aber hier werden nach und nach immer mehr gewissenhafte, verlässliche, motivierte Vollzeitmitarbeiter gebraucht.

Diese neuen Bedürfnisse haben ihre guten Gründe. Wir sind nämlich nicht nur als Arbeitskräfte dem steigenden Digitalisierungsdruck ausgesetzt, sondern auch als Verbraucher und Kunden, als Bürger, als Zivilpersonen und Familienmenschen. Neben der digitalen Welt mit all ihrem Irrsinn, von „Tweets“ über „Influencer“ bis hin zu „Scams“ und „Fake News“, braucht es auch noch Analoges, Handfestes, Bodenständiges, Normales, Reales, Menschliches.

Hier ist auch hervorzuheben, dass die Digitalisierung, abgesehen von der Arbeitswelt, in unserer gesamten Gesellschaft zunehmend schwerwiegende Probleme auslöst, bei all jenen (nicht nur älteren) Menschen, die binnen weniger Jahre praktisch zu regelrechten Digital-Analphabeten degradiert werden, weil hundert Dinge des Alltags – nach und nach – sich nur noch numerisch abwickeln lassen, von Anträgen an Verwaltungen über Steuererklärungen, Warenbestellungen jeder Art bis hin zu Arztterminen und einfachen Banküberweisungen.

Staatliches Versagen

Gleichzeitig wird der traditionelle Briefverkehr zur Schneckenpost, Faxdienste sind nicht mehr wartungswürdig, Bankauszüge auf Papier werden

zu extravagantem, unsinnigem Luxus erklärt und entsprechend verrechnet, manuelle Bankaufträge und alle Konten werden gebührenpflichtig. Großflächig werden lokale Niederlassungen und Schalter wegrationalisiert. Sollen die „Alten“, die nicht mit Digicash klarkommen, doch einfach sehen, wie sie zurechtkommen!

Ein Ministerium für Digitalisierung mag sinnvoll sein. Digital Luxembourg ist schön und gut. Big Data braucht Tier IV-Datenzentren, das ist klar. MyGuichet, eAdministration, LetzShop.lu, alles in Ordnung. Ohne eine auf das Internet spezialisierte Polizeiabteilung, ohne Cyberworld Awareness und Security und derartige Anstrengungen müsste es uns ja echt angst und bange sein.

Das alles in Ehren, aber damit ist nicht zu entschuldigen, wenn die Politiker die Rückseite der Medaille ignorieren. Jämmerlich ist es schon, wenn bei der Digitalisierung die Regierung den weltfremden (da ausschließlich profitorientierten) Top-Managern von Post und Sparkasse einfach freie Hand lässt. Weil sie selbst, genau wie ihre Macher, den ultraliberalen angelsächsischen Irrlehren des absolut freien Marktes huldigen und deswegen glauben, es handle sich hier um private, dividendenorientierte, rein kommerzielle Betriebe.

Sie haben nicht verstanden oder bereits vergessen, dass es sich hier um öffentliche Dienstleitungen im Interesse der Einwohner des Landes handelt. Wir aber behaupten, dass die Regierung und der Finanzminister auch mit ihrem Jahresbudget über die Runden kommen können, ohne eine jährliche Dividende von Post und Sparkasse zu kassieren, die durch die Schließung von Niederlassungen, durch Gebühren auf den Lohnkonten der einfachen Leute und durch übertriebenen Stress bei den Mitarbeitern finanziert werden.

Die angesprochenen Beispiele belegen eindeutig, dass unsensible Politiker die soziale Gefahr des „Digital Divide“ (digitale Kluft) in unserer Gesellschaft noch nicht erkannt haben und nicht ernst nehmen wollen. Hier ist man bereits voll im Begriff, jene wichtigen Vorkehrungen außer Acht zu lassen, die eine sinnvolle und nützliche digitale Zukunft erst auf Dauer sozial akzeptabel machen. Wenn die Politik derart den Kontakt zum normalen Bürger und zu seinen täglichen Nöten verloren hat, wird sich dies wohl politisch noch bitter rächen.

Paul Zimmer

Die anstehende Digitalisierung ist nur das Instrument einer beschleunigten wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung, die für die menschliche Natur immer weniger verträglich ist. Hoher Berufsstress verlangt daher mehr Erholung und Freizeit. Doch Millionen Menschen werden auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ nicht mithalten können, so dass eine gigantische neue „Sozial-Ökonomie“ geschaffen (und finanziert) werden muss, deren Dienste dafür aber neuen Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht werden.



renovationun.lu
Coordination-Rénovation s.à.r.l.



Äre Partner fir schlësselfäerdeg Renovatiounen.

22a, Rue de Larochette | L-7661 MEDERNACH | T: 28 83 08 - 1 | liz@renovationun.lu

CGFP-Mitglieder nahmen an Kommunikationsseminar im dbb forum in Königswinter teil

Erfolgreich verhandeln: Die verblüffende Macht der Psychologie

Häufig geraten wir im Alltag in eine Lage, die man unter dem Stichwort „Verhandlung“ abhaken kann. Doch gerade in heiklen Situationen sind überzeugende Argumente und ein souveränes Agieren äußerst wichtig. Im Rahmen der dbb akademie lieferte die erfahrene Referentin Corinna Kriesemer einer CGFP-Delegation wertvolle Tipps, wie man mit einer gesunden Portion Selbstbewusstsein Konflikte beilegt.



Modell von Friedemann Schulz von Thun zu werfen. Der Kommunikationswissenschaftler geht davon aus, dass jede Äußerung stets vier Botschaften enthält und auch auf vier Ebenen verstanden werden kann: der Sachinhalt (worüber ich informiere), der Appell (wozu ich dich veranlassen möchte), die Beziehung (was ich von dir halte und wie wir zueinanderstehen) und die Selbstoffenbarung (was ich von mir preisgebe).

Da die Nachricht nicht immer von Sender und Empfänger gleich verstanden wird, kann es zu Missverständnissen kommen. Gewichtet der Sprecher z.B. die Beziehungsseite höher, der Empfänger aber die Seite der Selbstoffenbarung, kann es passieren, dass eine Nachricht falsch interpretiert wird. Aufgrund der verschiedenen Ebenen sei es wichtig, wenn man sich auf die Ohren der anderen einstellen könne, ohne sich dabei zu verbiegen, schlussfolgerte Kriesemer.

Falls im Laufe einer Verhandlung kein gemeinsames Ziel mehr erkennbar sei, mache es keinen Sinn das Gespräch fortzusetzen, mahnte die PR-Expertin. In einer derartigen Situation sollte man ab und zu dringend eine kleine Gedankenpause einlegen, um die nächsten Schritte zu überlegen. Andernfalls drohe das Kommunikationsziel wie ein Faltbötchen auf dem Wasser davon zu schwimmen, dem wir verzweifelt hinterherhechten.

Druck während der Verhandlungen auszuüben, sei eine heikle Angelegenheit, warnte Corinna Kriesemer. Im Vorfeld gelte es sorgfältig abzuwägen, ob dieser Druck in der Öffentlichkeit aufrechterhalten werden könne. Außerdem könnten Verhandlungspartner, die sich unnötig unter Druck gesetzt fühlen, einem das Leben in künftigen Gesprächen schwermachen.

Im Prinzip sind wir jeden Tag am Verhandeln! Dabei verlaufen die Gespräche längst nicht immer harmonisch. Dort wo Menschen zusammenleben und arbeiten, wird es leider immer wieder Konflikte geben. Jeder hat seine Werte und Vorstellungen von dem, was richtig und falsch ist. Wenn unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen, können schnell Konflikte entstehen. Der beste Weg für eine Konfliktlösung ist immer noch das Gespräch. „Schwierige Besprechungen, Verhandlungen und Konflikte meistern dank souveränem Auftritt und sicherer Argumentation“ lautete das Motto eines Seminars, an dem Vertreter einiger CGFP-Fachverbände vom 17. bis zum 19. Oktober teilgenommen hatten.

Zu einer erfolgreichen Kommunikation gehöre selbstbewusstes Auftreten, betonte die erfahrene Coachin Corinna Kriesemer gleich zu Beginn ihrer Erläuterungen. Selbstbewusste Menschen würden eine klare Sprache benutzen. Ein gefühles Fragezeichen am Ende eines Satzes zu setzen, sei

z.B. ein klassisches Indiz für Unsicherheit. Sich nicht davor zu scheuen, manchmal „Nein“ zu sagen, vermittele Klarheit. Entscheidend sei auch die Körpersprache (gerade Haltung, offener Blickkontakt,...). Zudem bestehe ein Teil des Selbstbewusstseins darin, eigene Schwächen zuzugeben sowie sich selbst und anderen gegenüber Respekt zu zeigen.

Arrogante Menschen würden dagegen diese Wertschätzung vermissen lassen. Im Regelfall würden selbstbewusste Personen gelassener wirken, da sie nicht immer von der Rückmeldung anderer abhängig seien. Sie würden deshalb entschiedener handeln und über eine hohe Fähigkeit zur Selbstmotivation verfügen.

Im Idealfall entstehe aus dem Selbstvertrauen ein persönliches Gleichgewicht („Work-Life-Balance“), bei der das eigene Wohlergehen im Fokus stehe. Die Betroffenen wüssten genau, wann sie die Reißleine ziehen müssten. Menschen, die sich nicht im Gleichgewicht befänden, seien unzuverlässig, stark schwankend und würden zögern, Entscheidungen zu treffen.

Wie kann man das Selbstbewusstsein weiterentwickeln? Statt sich zurückziehen, sollte man neue Herausforderungen annehmen und die erreichten Fähigkeiten festigen, gab Corinna Kriesemer zu bedenken. Hilfreich sei auch eine Selbstreflexion. Nur so könne die Frage beantwortet werden, weshalb man Angst vor bestimmten Dingen habe. Gehe es darum, das eigene „Ich“ als zentrale Ressource zu entwickeln, könne es ab und zu nützlich sein, auf ein konstruktives „Feedback“ zurückzugreifen.

Das Vier-Ohren-Modell

Ob eine Verhandlung überhaupt eine Chance auf Erfolg habe, hänge oft nicht so sehr vom rein inhaltlichen Teil ab, fügte Kriesemer hinzu. Viele Gespräche würden aus ganz anderen Gründen schief laufen.

Um das zu verdeutlichen, lohnt es sich, einen Blick auf das Vier-Ohren-



Im Rahmen der dbb akademie in Königswinter erhielten Vertreter einiger CGFP-Fachverbände wertvolle Ratschläge zur Verbesserung der Kommunikation.

Oft würden Menschen aus Angst vor Macht-, Kontroll- und Imageverlust eine Auseinandersetzung scheuen. Viele würden Konflikten lieber aus dem Weg gehen, weil ihnen schlicht und ergreifend das Handwerkszeug fehle, wie man dieses Problem löse. Zudem würden Konflikte schnell die sachliche Ebene verlassen und emotional werden. Der daraus resultierende Schlagabtausch führe häufig zu einer Eskalation.

Manchmal sei es jedoch dienlich, einen Konflikt in einem bestimmten Moment nicht auszuleben. Wer jedoch grundsätzlich versuche, eine Aussprache zu vermeiden, mache strategisch einen entscheidenden Fehler, mahnte die gewiefte Trainerin: „Das sind die kleinen Krümel, die man unter den Teppich kehrt. Daraus wird ein so großer Knubbel, dass man beim Laufen darüber stolpert. Somit werden Konflikte an Stellen sehr heftig, die für Außenstehende völlig geringfügig sind.“

Mit einer angemessenen Strategie würden sich Konflikte frühzeitig entschärfen lassen. Ausschlaggebend sei es, den richtigen Zeitpunkt zu finden. Ein Vorgesetzter, der zu früh in einen Konflikt seiner Mitarbeiter einsteige, risikiere, dass diese unmündig werden, so dass er immer mehr Energie aufwenden müsse, deren Streitfälle zu lösen. Wer zu spät einsteige, laufe Gefahr, dass sich die Konfliktlinien vertiefen und ein Flächenbrand entstehe.

Kopf und Bauch befriedigen

Die häufigste Form der Konfliktlösung sei der Kompromiss. Dieses Modell funktioniere nur, wenn es gefühlt in Richtung einer „Win-win-Situation“ gehe. Hinsichtlich eines Kompromisses sei es wichtig, die Schnittmengen festzulegen. Zum erfolgreichen Verhandeln gehöre auch die Fähigkeit, sich in den Verhandlungspartner hineinzuversetzen, um letztendlich sein eigenes Verhandlungsziel zu erreichen.

Die Beziehungsebene komplett ausblenden und ausschließlich auf der Sachebene zu agieren, sei ein gravierender Fehler. Mit dieser Herangehensweise werde schnell der Punkt erreicht, an dem die gegnerische Seite nicht mehr verhandlungsbereit sei. Schuld daran seien gar nicht einmal schwache Argumente, sondern ein unterschwelliges Gefühl, nicht verstanden zu werden. „Wenn wir Ergebnisse erreichen wollen, brauchen wir immer das Gefühl, dass Kopf und Bauch befriedigt sind“, schlussfolgert Kriesemer. Sich in die andere Person hineinzuversetzen, sei jedoch keineswegs als Zustimmung der Handlungsweise zu werten.

Erfolgreiche Verhandlungen würden zudem eine sorgfältige Planung voraussetzen. Unabhängig von dem rein inhaltlichen Aspekt sollten alle möglichen Szenarien gründlich im Vorfeld durchgespielt werden. Ziel sei es, die nötige Flexibilität zu behalten. Um Überraschungen in den Verhandlungen zu vermeiden, sollten möglichst viele Argumente von der Gegenseite zusammengeführt werden.

Die Rollenverteilung festlegen

Noch bevor die Verhandlungen beginnen, sollte die Rollenverteilung festgelegt werden: Wer wird welche Position einnehmen. Wichtig sei es, die maximalen Forderungen festzulegen sowie den Ausstiegspunkt aus den Verhandlungen zu definieren. Dies vermittele viel mehr Sicherheit und Klarheit, so Kriesemer: „Alles was in der Vorbereitungsphase verpasst wird, kann sich hinterher negativ auf den Verhandlungsausgang auswirken.“ Für den Auftakt der Gespräche sollte der strategisch richtige Zeitpunkt ausgewählt werden.

Im Laufe ihres Vortrags erwähnte die Referentin das vom ehemaligen BKA-Vermittler Thorsten Hofmann entworfene sogenannte F.I.R.E.-Konzept. Die Abkürzung steht für „Facial“ (die Beobachtung der Körpersprache des Gegenübers), „Instrumental“ (der Werkzeugkoffer, um in Verhandlungen zu reagieren), „Relational“ (welchen Vorteil kann ich für meine Position aus der Beziehung zu meinem Gegenüber ziehen) und „Emotional“ (den Umgang mit Emotionen nützlich machen). Erfolgreich verhandeln, setze eine gezielte Einflussnahme auf den Partner voraus, sagt Hofmann. In vielen Verhandlungen spiele die Ausnutzung des Zeitfaktors eine Rolle, frei nach dem Motto „irgendwann wird jeder müde und die Konzentration lässt nach.“

Wer als Erster argumentiere, verliere, lautet Hofmanns These. Indem man den anderen dazu bringe, zuerst eines seiner Argumente darzulegen, sei es möglich, sich die eigene Zielrichtung viel besser auszumalen und seine Verhandlungsstrategie anzupassen. Diese Taktik sei jedoch ein zweischneidiges Schwert, räumte Corinna Kriesemer ein. Es bestehe das Risiko, zu sehr in die Defensive zu geraten. Deshalb könne es strategisch sinnvoll sein, ab und zu von diesem Grundsatz abzuweichen.

Max Lemmer



Finanzierungsberater öffentlichen Déngscht

(40 Stonnen/Woch CDI)

D'Ekip vum Öffentlechen Déngscht vum der eelster lëtzebuerger Bauspuerkeess BHW sicht Verstärkung

ÄR MISSIONEN

- Bearbechtung vum allgemengen Finanzierungsfoeren
- Berodung vum eisen Clienten fir zesummen déi beschtméiglech Finanzierung opzestellen

ÄRE PROFIL

- Allgemeng Bankkenntnisser
- Berufserfahrung an der Immobilienfinanzberodung
- Sproochen (Lëtzebuergesch, Däitsch a Franséisch, all weider Sproch ass e grouss Virdeel)

MIR BIDDEN

- Bezuelung no Bankekollektivvertrag
- Eng ofwieslungsräich Aktivitéit an enger dynamescher Ekip

Et wier eis eng ganz grouss Freed, lech an eisem Team begréissen ze kënnen

Schéckt w.e.g. Äre Motivationsbréif, CV a Foto mat der Referenz "Finanzierungsberater" un d'Madamm Cynthia Ginter: cginter@bhw.lu

BHW Bausparkasse AG

Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L -1468 Luxemburg
www.bhw.lu

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Ettelbruck | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu



Cherchons terrains
et vieilles maisons à rénover.
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.



Ihre Treppe
leicht hinauf
und leicht
hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und
den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und
Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu

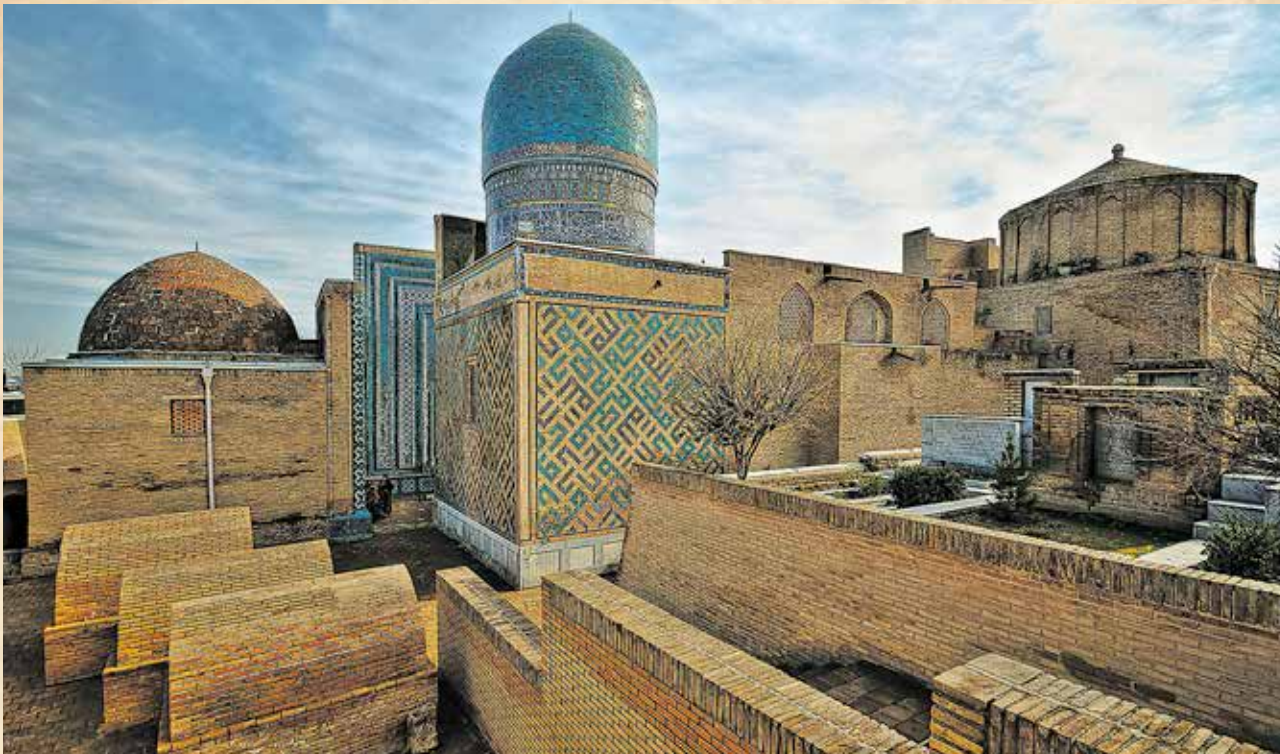




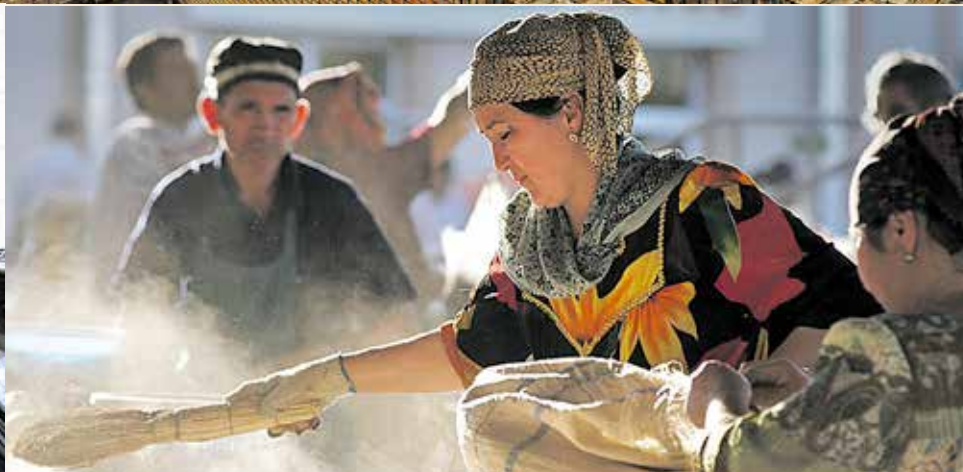
LUX VOYAGES

USBEKISTAN – ZAUBER DER SEIDENSTRASSE

Gebeco
LÄNDER ERLEBEN



Unterwegs auf alten Karawanenwegen: Azurblaue Kuppeldächer flirren im Sonnenlicht, Minarette ragen wie Kerzen in den Himmel, und auf dem Basar kitzelt der Duft von 1001 Gewürzen die Sinne. Usbekistan entführt Sie auf dieser Studienreise in eine Märchenwelt. Inmitten karger Steppen entdecken Sie in Samarkand, Buchara und Chiwa florierende Oasenstädte mit prachtvoll verzierten Bauwerken und gastfreundlichen Menschen. Sie reisen komfortabel in gemächlichem Tempo und legen lange Strecken bequem mit dem Zug oder Flugzeug zurück. Ganz entspannt und mit viel Zeit. Diese Reise von Gebeco Piccolo, welche auf kleine Gruppen spezialisiert ist, wird eines der schönsten Kapitel in Ihr Märchenbuch schreiben.



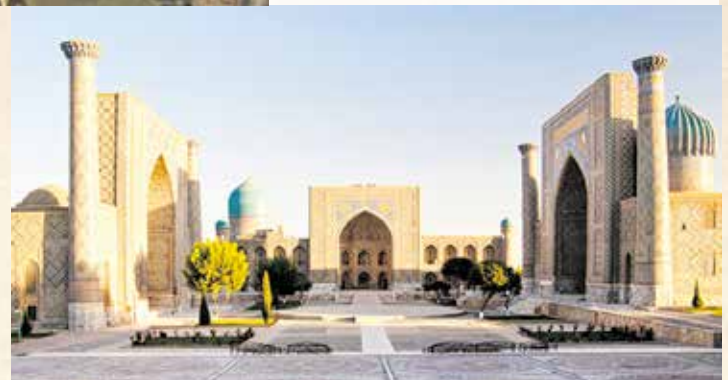
Reisepreis: ab 1.875 €* pro Person im Doppelzimmer, inklusive

- Zug zum Flug
- Flug von Frankfurt nach Taschkent und zurück mit Uzbekistan Airways in der Economy-Class
- Inlandsflug mit Uzbekistan Airways in der Economy-Class
- Rundreise/Ausflüge im landestypischen Klein- bzw. Reisebus mit Klimaanlage
- 10 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 9x Frühstück, 9x Abendessen
- Abendessen bei einer usbekischen Familie
- Abendessen im Sommerpalast des Khans (Chiwa)
- Ausführliche Besichtigungen in Samarkand, Buchara und Chiwa
- Observatorium von Ulug Bek
- Traditionelles Teehaus in Buchara
- Deutsch sprechende qualifizierte Gebeco-Studienreiseleitung
- Alle Eintrittsgelder (laut Programm)
- Reiseliteratur zur Auswahl
- Gebeco Piccolo: Reisen in kleinen Gruppen

Termine 2020: 23.03.-02.04. / 06.04.-16.04.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Gebeco-Piccolo-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu



fonction publique SPÉCIAL AUTO

Gute Strategien bei Müdigkeit am Steuer



Experten schätzen, dass bei jedem vierten Unfall Müdigkeit im Spiel ist. Eine Studie von AutoScout24 zeigt, dass das Thema Erschöpfung bei den Autofahrern dennoch sehr ernst genommen wird. Die Strategien gegen den Sekundenschlaf sind vielfältig und reichen von Kaffee trinken, bis hin zu Gymnastik und lauter Musik.

Für die Studie wurden 1000 Autofahrer repräsentativ nach ihrem Verhalten bei Müdigkeit am Steuer befragt. Demnach setzen die meisten Autofahrer auf Koffein, um sich wachzuhalten: Gut jeder Zweite hält an, trinkt einen Kaffee und fährt dann weiter. Fast ebenso viele glauben an die Kraft der Bewegung. Auf Platz drei der Strategien gegen Müdigkeit: Die Musik im Auto laut aufdrehen – 41 Prozent der Autofahrer gehen so vor.

Einigen Fahrern hilft aber nur der Schlaf an sich weiter. So fahren 37 Prozent der Befragten auf einen Parkplatz und schlafen im Auto. Gut ein Drittel würden zur Not sogar ein Hotel nehmen und die Reise am nächsten Tag fortsetzen. Ebenfalls beliebt bei 21 Prozent der Studienteilnehmer: Kaugummikauen oder etwas essen. Auch Kälte setzen einige Autohalter gegen die Müdigkeitsattacken ein. 13 Prozent drehen die Klimaanlage auf, um sich von der frischen Brise wachzuhalten. Vor allem bei Frauen ist es beliebt jemanden anzurufen, um sich mit dem Gespräch vom Schlafen abzuhalten. 15 Prozent der Frauen gehen so vor, bei den Männern sind es zehn Prozent.

Einige Männer wählen hingegen gefährliche Methoden, wie z.B. Alkohol trinken. Ein Prozent von ihnen ignorieren die Müdigkeit.

Elektroautos und E-Scooter im Winterbetrieb

Fahren im Winter stellt Elektroautos und E-Scooter vor besondere Herausforderungen. Nicht nur das Laden der Batterie unterliegt speziellen Bedingungen, auch das Anfahren auf Eis und Schnee ist bei E-Fahrzeugen anders als auf trockener Fahrbahn. Experten haben ermittelt, dass die Reichweite eines Elektroautos im Winterbetrieb 50 Prozent geringer ist. Bei niedrigen Temperaturen benötigen nicht nur Lüftung und Fahrzeugbeleuchtung mehr Energie als im Sommer. Zusätzlich ziehen Innenraum-, Heck- und Frontscheiben- sowie Sitz- und Lenkradheizung Energie aus dem Akku.

Was für Elektroautos allgemein gilt – nämlich immer eine Reichweitenreserve mit einzuplanen – ist in der kalten Jahreszeit daher umso wichtiger. Batterien verfügen bei Kälte generell über weniger Kapazität. Außerdem: Niedrige Temperaturen reduzieren nicht nur die Reichweite, sondern können auch die Ladezeit verlängern. Autoexperten empfehlen daher, ein Elektroauto bereits beim Laden zu heizen, denn dann kommt die Energie über das Ladekabel und nicht aus der Antriebsbatterie.

Auch das Fahren selbst ist bei einem Stromer mit seinem direkten Drehmoment im Winter tückischer. Gerade beim Anfahren sollte man daher in den Eco-Modus schalten, weil der Motor dann nur eine verringerte Kraft auf die Räder überträgt und das Auto damit besser – und auch sparsamer – vorankommt.



Für E-Scooter gilt zum Teil Ähnliches: Auch hier sinkt bei niedrigen Temperaturen die Reichweite des Akkus. Dieser hält zwar nach Herstellerangaben in der Regel Temperaturen bis minus 20 Grad Celsius stand, sollte aber in beheizten Räumen geladen werden. Für einen besseren Grip auf der Fahrbahn ist es ratsam, eine geringere Geschwindigkeitsstufe bzw. – falls vorhanden – eine Antriebsunterstützung zu wählen. Hilfreich ist es auch, den Luftdruck in den Reifen zu senken. Für die Fahrweise empfiehlt es sich generell, die Geschwindigkeit den Straßenverhältnissen anzupassen und sich auf einen erhöhten Bremsweg einzustellen. Insbesondere die Vorderradbremse sollte man behutsam einsetzen bzw. auf Glatteis möglichst überhaupt nicht bremsen oder lenken.



Durant le Festival, choisissez la e-Golf « Prix net » super équipée

« Prix net » ~~25.000,- €~~ TTC

Prime gouv. 5.000€* déduite

20.000,- € TTC

Soit un avantage de: **7.570,- €** TTC

Offre PrivateLease. ~~418,- €~~

Prime gouv. incluse **245,- €** ⁽¹⁾

Acompte de: **0,- €** 36 mois et 15.000 km/an

e-Golf 100 kw 136 ch, Autonomie: 231km

Voici la bonne affaire à saisir sans tarder :

la e-Golf avec 136 ch vous attend au prix net exceptionnel de 25.000 € TTC.

Profitez de son équipement de série très complet :

- ✓ Système de navigation « Discover Pro »
- ✓ Climatisation « Climatronic »
- ✓ Phares principaux à LED avec baguette bleue
- ✓ Régulateur de distance ACC avec « Front Assist » et « City Emergency Brake »
- ✓ Volant multifonction cuir
- ✓ 4 portes
- ✓ et bien plus encore

NEDC: Consommation moyenne e-Golf: 12,7 kWh / 100 km.

WLTP: Consommation moyenne e-Golf: 12,7 kWh / 100 km.

Valeurs déterminées suivant la méthode de mesure légalement obligatoire.

Vous trouverez de plus amples informations sur les différences entre les normes WLTP et NEDC sur www.volkswagen.lu ou auprès de votre conseiller de vente Volkswagen.

(1) Prime de l'état intégrée dans l'offre. Photos non contractuelles.

* Plus d'informations sur clever-fueren.lu

volkswagen.lu

Parker im Winter

Richtiges Parken in der kalten Jahreszeit will gekonnt sein. So sollte man bei Schnee und Glätte seinen Wagen nicht ohne Weiteres bedenkenlos überall hinstellen. Vielmehr gilt es darauf zu achten, dass das abgestellte Fahrzeug nicht gegebenenfalls Räumfahrzeugen im Weg steht. Das bedeutet: Eine während der übrigen Jahreszeit passende Parklücke kann im Winter wegen möglicher Behinderung des Winterdienstes fürs Parken ungeeignet sein.

Am Straßenrand sollten Autos an kalten Tagen zudem nur auf einer Straßenseite geparkt werden. Denn versetzt abgestellte Fahrzeuge können dem Räumdienst ebenfalls seine Arbeit erheblich erschweren. Grundsätzlich ist beim Parken im Winter immer darauf zu achten, dass für den fließenden Verkehr ausreichend Platz auf den Straßen bleibt – am besten auch dann, wenn ein Fahrzeug mal ins Rutschen gerät. Deshalb verbietet sich ebenfalls Dauerparken auf engen Verkehrswegen. Und aus eigenem Interesse sollte man beim Parken im Winter ferner daran denken, dass Salz und Splitt von vorbeifahrenden Wagen aufgewirbelt werden können: Das heißt, je geringer das Risi-

ko ist, das eigene Auto durch solche winzige „Geschosse“ zu beschädigen, desto besser. Ebenfalls ganz oben auf der Liste der wichtigen Winterparkregeln steht, sich genau zu merken, wo man sein Fahrzeug zurückgelassen hat.

In einem solchen Fall gehört eine präzise Standortbeschreibung zu relevanten Informationen für den Räumdienst – und verhindert unbeabsichtigte Beschädigungen des Fahrzeugs beim Schneeräumen. Wenn der Winterdienst nicht hilft, muss das Fahrzeug im Bedarfsfall selbst vom Schnee befreit werden. Um dafür gerüstet zu sein, empfiehlt es sich, einen Handfeger und eine Schaufel griffbereit aufzubewahren.

Zum Schutz seines Autos vor den Wetterkapriolen im Winter kann man zu einer sogenannten Laternengarage greifen. Eine solche Schutzfolie muss jedoch so befestigt werden, dass sie auch bei Windstößen da bleibt, wo sie hingehört. Wem das zu aufwendig erscheint, dem kann alternativ eine Abdeckung für die Frontscheibe helfen, um diese morgens schneller von Schnee und Eis zu befreien. Dafür bieten sich ebenfalls Enteisungssprays an, die



an der Tankstelle, im Baumarkt oder im Handel zu erhalten sind. Denn vor der Fahrt ist immer sicherzustellen, dass die ersten Meter nicht im „Blindflug“ mit vereisten Scheiben zurückgelegt werden.

Wird das Auto im Winter auf einem abschüssigen Untergrund abgestellt, sollte möglichst die Lenkung in Richtung Straßenrand eingeschlagen werden. So wird gewährleistet, dass ein Fahrzeug, wenn es auf glattem Boden ins Rutschen gerät, etwa bei Tauwetter, nicht die Fahrbahn beeinträchtigt oder gar blockiert. Besser sollte gleich ein ebener Parkplatz gesucht werden. Ist dies nicht möglich, sollte an Steigungen oder Gefällen das Auto immer zusätzlich mit der Handbremse gesichert werden.

Eine nicht zu vernachlässigende Gefahr für das eigene Auto an winterlichen Tagen stellen Schneeanhäufungen dar, die sich insbesondere bei geräumten Straßen an deren Rändern auftürmen. Sind diese Haufen richtig zusammengedrückt und eventuell noch vereist, kann das Auto dadurch beschädigt werden. Zudem können sich in solchen Schneehaufen Gegenstände verbergen, wie etwa Begrenzungen von Parkplätzen oder Absperrungen, die leicht Beulen oder Kratzer am Fahrzeug verursachen. Deshalb sollte gerade beim Rangieren in oder aus Parklücken auf solche Schneehaufen geachtet werden. Sie bergen zudem die Gefahr, dass Schnee in den Motorraum gelangt, wenn man in solche Anhäufungen hineinfährt.

FAISONS BOUGER LES CHOSSES ENSEMBLE.

**TAUX SPÉCIAL
PRÊT AUTO.
PAS DE FRAIS
DE DOSSIER.**

Conditions préférentielles pour
les membres Raiffeisen.
Plus d'informations sur raiffeisen.lu

**LA BANQUE QUI APPARTIENT
À SES MEMBRES**

 **Raiffeisen**

Banque Raiffeisen, société coopérative.
Propositions valables sous réserve d'acceptation du dossier.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause